Nr. 17. 9. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6652.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 8 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt VI, Nr. 4106.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 21. Januar 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Zur Selbstschätzung unserer Bourgeoisie.

Köstlich ist das Schauspiel, welches die besitzenden Klassen in Preußen gegenwärtig aus Anlaß der Entdeckung aufführen, daß die Ergebnisse des zahmen Miquel'schen Selbsteinschätzungs-Verfahrens doch nicht so geheim zu halten sein werden, als die Bourgeoisie geglaubt hatte, wenn nicht noch schnell besondere Bestimmungen in dieser Hinsicht getroffen werden. Großfinanz und Großindustrie rufen um die Wette „Wehe" und abermals „Wehe", und am Donnerstag dieser Woche will Herr von Eynern als berufener Stimmführer dieses tragischen Chors im preußischen Abgeordnetenhause eine sehr ernste Frage wegen der Geheimhaltung der Steuererklärungen an den Finanzminister richten.

Die Vorbereitungen für diese große Aktion im Interesse des Geldbeutels sind von der „Freisinnigen Zeitung" in schönem Verein mit der „Kölnischen Zeitung" durch spaltenlange Expektorationen gründlich getroffen. Eugen Richter hat bereits weidlich geschimpft über die Unfähigkeit der königlich preußischen Geheimräthe im Finanzministerium, die nicht gemerkt hätten, daß die älteren Verordnungen über Landtags-Wahlen, Städte-, Gemeinde- und Kirchenwahlen die Geheimhaltungsbestimmungen des neuen Einkommensteuer-Gesetzes einfach wirkungslos machten, weil sie die Offenlegung der Steuerlisten vorschreiben. Dabei fällt dieser Vorwurf komischer Weise auf den freisinnigen Wortführer und alle Abgeordneten selbst zurück, die trotz aller Reden und Artikel, welche sie über das Gesetz verbrachen, während der Beschlußfassung über dasselbe die „Lücke" selbst nicht merkten, über welche sie jetzt so zetern. Nachträglich ist allerdings das Versäumte reichlich nachgeholt worden. Die „Kölnische Zeitung" sprach von der beispiellosen „Sorglosigkeit, mit welcher neuerdings unsere Gesetze gemacht werden." Und weiter führte sie mit dem Pathos, das ihr in Interessefragen eigen ist, aus: „Die Offenlegung widerspricht unbedingt dem Geiste und der Absicht des neuen Einkommensteuer-Gesetzes; sie ist auch in ihrer Beschränkung auf den Gesammt-Steuerbetrag für den einzelnen Wahlberechtigten vielfach höchst bedenklich, namentlich bei Gewerbetreibenden, die infolge vorübergehender Gründe während einiger Jahre größere Ausgaben als Einnahmen gehabt haben und deren Steuererklärungen für diese Zuschußjahre im Falle der Offenlegung zu Kreditbeschränkungen mit sehr schlimmen Folgen führen könnten und müßten; sie ist endlich auch für die Zwecke der indirekten Wahlen durchaus überflüssig." Das edle Blatt vom schönen Rhein hat auch das kunstvolle Rezept schon fertig, nach welchem die Kontrolle der Steuerangaben bei den Wahlen unmöglich gemacht werden kann. Nach ihr reicht es völlig aus, daß an der Spitze oder am Schluß der Liste die Zahl der Wahlberechtigten, die Gesammtsumme ihrer Steuerbeträge und die Grenze mitgetheilt und veröffentlicht wird, bis zu welcher der Steuerbetrag des einzelnen Wahlberechtigten reicht, um je nachdem die Aufnahme in die erste oder zweite oder dritte Wahlabtheilung zu bedingen. Dann kann kein Mensch hinter die Mogeleien des einzelnen Bourgeois kommen. Das Gossenblatt für allen bürgerlichen Schmutz schloß seine Betrachtungen über diese wichtige Sache im Vorgefühl des wieder hergestellten Behagens mit dem offenen Geständniß: „Es ist wichtig, daß möglichst wenige Behörden oder Beamten Kenntniß von dem Betrage der einzelnen Steuererklärungen erhalten; je weniger groß die Zahl der Mitwisser ist, um so sicherer ist das Geheimniß bewahrt." Das dürften auch die Grundzüge des Textes sein, über welchen Herr von Eynern am Donnerstag im Abgeordnetenhause zu reden hat.

Ueber die Schamlosigkeit dieser Argumente braucht nun wohl an dieser Stelle kaum ein Wort verloren zu werden. Die Selbsteinschätzung ist im Miquel'schen Gesetz ohnedies durch die Zahmheit des Formulars und der Strafbestimmungen problematisch geworden, und die Progression der Steuersätze macht bekanntlich gerade da Halt, wo die steuerkräftigsten Einkommen anfangen. Ohne die Bochumer Steuerskandale, sowie den infolge dessen entstandenen Druck der öffentlichen Meinung wären wahrscheinlich nicht einmal diese Halbheiten bei dem reaktionären preußischen Landtage durchgegangen. Wer kann auch von der Bourgeoisie verlangen, daß sie sich ins eigene Fleisch schneidet! Um aber bei den nichtbesitzenden Klassen das Maß der Erkenntniß von der Geldgier der Besitzenden voll zu machen, werden jetzt nachträglich noch alle Schritte gethan, um eine Kontrolle der sogenannten Selbstdeklaration durch die Oeffentlichkeit, die entweder durch wirkliche Unfähigkeit der Gesetzgeber oder durch eine kleine Bosheit Miquel's nicht vollständig abgeschnitten worden war, gründlich zu verhüten. Das Geschwätz der „Kölnischen Zeitung" über die Gefährdung des Kredits Einzelner durch die öffentliche Kontrolle ist ja so kindisch, daß es keiner Widerlegung bedarf; der Kredit eines Geschäftsmannes, der durch Offenlegung seines reinen Einkommens erschüttert würde, müßte von sehr eigenthümlicher Beschaffenheit sein und verdiente jedenfalls nicht eine Stunde länger aufrecht erhalten zu werden, selbst im bürgerlichen Verkehr voll Lug und Trug. Hauptsache ist vielmehr die Scheu der Bourgeoisie vor den Fußangeln der Oeffentlichkeit, an denen die Unwahrheiten der Selbstdeklaration hängen bleiben würden, eine Oeffentlichkeit, die nach und nach zum Sturze des Systems führen müßte, welches sich scheut, den Millionären mehr als 4 pCt. Steuer zuzumuthen, das aber ohne Gewissensbisse zehn- und zwanzigprozentige Steuern vom Brot, Salz und Licht des Armen nimmt. Die Ablehnung der von Miquel vorgeschlagenen, so zart als möglich gehaltenen Erbschaftssteuer gehört in dasselbe Schuldbuch. Die ängstlichste Furcht vor der Kontrolle der Oeffentlichkeit ist die gemeinsame Triebfeder dieser erbaulichen Handlungen. Die preußisch-deutsche Bourgeoisie steht hierin beinahe einzig in der Welt da. In vielen Kantonen der Schweiz, in Zürich, Zug, Tessin, Schaffhausen, Neuenburg, Graubünden, Glarus und Appenzell, gilt mit Zustimmung der Bourgeoisie die Oeffentlichkeit der Steuer-Register, und die bürgerliche Demokratie ist in der schweizerischen Eidgenossenschaft überhaupt so klug, den Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden nicht überflüssig auf die Spitze zu treiben, indem sie überall mit für eine weitere Maßregel zur Aufdeckung unrichtiger Deklarationen eintritt, dafür daß nach dem Tode eines jeden Steuerpflichtigen eine behördliche Feststellung seines ganzen Besitzes stattfindet. In Preußen-Deutschland bleibt freilich so etwas undenkbar!

Und so wird also Herr von Eynern am Donnerstag im Abgeordnetenhause im Auftrage seiner Freunde und Klassengenossen gebieterisch die absolute Geheimhaltung der Selbstdeklaration verlangen und wahrscheinlich vom fürsichtigen Herrn Miquel gewährt erhalten. Die besitzenden Klassen mit der Regierung im Bunde haben dann von Neuem bewiesen, daß die Wahrhaftigkeit ihrer Selbstschätzung in Steuersachen ungefähr gleich viel werth ist, wie die protzenhafte Selbstschätzung in politischen und moralischen Dingen, mit der sie zu prahlen pflegen. Die Erstere bleibt ungefähr gerade so viel unter der Wirklichkeit, wie die Letztere über dieselbe hinausgeht, und Beides dokumentirt wieder einmal zum Ueberfluß das krasse Mißverhältniß zwischen dem geistigen und kulturellen Manko und dem materiellen Zuviel, welches den Haushalt unserer Bourgeoisie kennzeichnet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Der Reichstag hatte heute Schwerinstag. Es standen eine Reihe Ladenhüter auf der Tagesordnung. In erster Linie der Antrag des Stuttgarter Großindustriellen und Millionärs Siegle auf Herbeiführung statistischer Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, Lohnverhältnisse und Kosten der Lebenshaltung. Dieser Antrag ist durch die letzthin vom Staatssekretär von Bötticher bekannt gegebene Absicht der Regierung, eine Kommission für Arbeitsstatistik einzusetzen, ziemlich hinfällig geworden. Die Diskussion war deshalb auch nur eine sehr kurze. Von unserer Seite sprach Abg. Wurm nur den Wunsch aus, daß die einzusetzende Kommission nicht auch in den weitverbreiteten Fehler verfallen möge, mit Durchschnittsziffern zu operiren, mit welchen für den wirklichen Sachverhalt gar nichts gethan ist. Wurm empfahl auch, besonders den indirekten Steuern und wie dieselben den Haushalt der Arbeiterfamilien belasten, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Als weiterer Gegenstand der Tagesordnung kam der Antrag Barth-Rickert auf bessere Wahrung des Wahlgeheimnisses an die Reihe. Nach demselben sollen die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [17

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

„Sie urtheilen, wie es die Art der Frauen, ganz nach Ihren Empfindungen, ohne sich in die Lage anderer Menschen zu versetzen. Sie sprechen von Ihrem Bedürfniß, aber Sie vergessen dabei ganz, daß Sie, wenn so viele Abhaltungen an Sie herangetreten wären, nicht nur ebenso gehandelt, sondern auch nicht während eines Athemzuges an mich gedacht hätten. Sie vergessen aber auch nicht minder, bestes Fräulein, daß es keine größere Gefahr für ein heißes Herz giebt, als sich von der sanften Gewalt eines so zauberischen Umganges, wie der mit Ihnen, fesseln zu lassen. Denn einst wird schlagen die Stunde, wo dieses schöne Herz nicht mehr ausschließlich für Kunst und Poesie schlägt; die Tage werden herannahen, wo man den Freund zwar noch in dankbarer Erinnerung an frühere schöne Tage mit einem freundlichen Lächeln empfängt, aber mit kaltem Herzen, und wo man ihn oft lieber wegbleiben, als kommen sieht. Denn ach, dieses Herz, das sonst für die ganze große Menschheit empfand, empfindet nur noch für einen Menschen, der ihm die ganze Menschheit ersetzt. Und wenn dann ein anhängliches Gemüth, wie ich es leider besitze, nicht so schnell vergessen und von sich abstreifen kann, was ihm einstmals lieb und theuer gewesen, welches Trauerspiel würde dann entstehen! Bleich vor Sehnsucht, schwer von Herzen, würde ich später an der Pforte vorbeischleichen, die sich einstmals öffnete, um mich die schönsten Stunden geistiger Erbauung erleben zu lassen. Wie Chamisso's Schlemihl — doch nein, der Vergleich ist schon zu abgenutzt, also ohne Vergleich —; freudlos und einsam würde ich dann an Ihrer Thüre vorbeiwandeln, die Spur vergangener Tage verfolgend in dem düster gewordenen Lichte der Erinnerung, würde vielleicht gar daran denken, mir für die sauer ersparten Groschen vom mageren Buchhändler-Honorar ein Plätzchen eigenthümlich zu erwerben, auf dem ich, wie weiland Ritter Toggenburg, mir ein Hüttchen baute, um Sie dann und wann am Fenster erscheinen zu sehen, und auch dieser gewiß ärmliche Trost würde mir vielleicht noch dadurch vergällt werden, daß plötzlich neben dem „holden Bilde" das möglicherweise ganz prosaische Antlitz des Herrn Gemahls sich zeigte. Kurz, bestes Fräulein, es giebt keine größere Gefahr für einen jungen Schriftsteller, als sich an die Gesellschaft eines liebenswürdigen und geistreichen Mädchens zu gewöhnen, das jeden Augenblick für ihn verloren gehen kann.

„Und, sehen Sie, das ist so eigentlich die Moral von der ganzen Geschichte. Sie blicken mich recht verwundert an, aber es ist kein Phantasiegebilde, das mich so sprechen läßt, sondern ein nur zu oft vor unsere Augen tretendes Lebensbild. Ich habe diese Geschichte erlebt bei meinem liebsten Jugendfreunde, der zwar nicht an der Schwindsucht starb, aber einen solchen Abscheu vor der Zivilisation des 19. Jahrhunderts und vor deren Trägern, den Bleichgesichtern der kaukasischen Rasse, empfand, daß er die Heimath des Hottentotten und Congo-Negers aufsuchte, um ungestört seinen Schmerz aushauchen zu können. Das hat dann vielleicht den Anstoß zu unserer Kolonialpolitik gegeben. Ob er unter der Keule eines Wilden, oder unter dem Zahn eines numidischen Löwen gefallen, ist mir nicht zur Kenntniß gekommen, aber er hat ein Bändchen Gedichte herausgegeben, das außer mir nur wenige Menschen gelesen haben, womit ich jedoch keineswegs gesagt haben will, daß sie schlechter waren, als diejenigen, welche man fleißiger liest. Und nun, bestes Fräulein, nachdem ich somit meine Rechtfertigung vorgebracht und zugleich mein Herz erleichtert habe, will ich in der stillen Hoffnung auf Ihre Vergebung scheiden."

Der junge Schriftsteller griff, nachdem er diese Worte in halb humoristischem, halb wehmüthigem Tone gesprochen, nach seinem zur Seite gestellten Hut, brachte eine ziemlich elegante Verbeugung zu Stande und erwartete augenscheinlich etwas Aehnliches von Seiten seiner schönen Gefährtin.

Schön war sie in der That mit dem feinen, sanftgebogenen Näschen, den etwas phantastisch gezeichneten Augenbrauen, unter denen die braunen Augen mit wunderbar erwärmendem Feuer glühten, und mit dem schwarzen Lockenwald, der die freie Stirn und die braunen, leicht gerötheten Wangen beschattete. Und gerade in diesem Augenblicke erglühten die Wangen, und die dunklen Augen hatten einen eigenthümlich fragenden Ausdruck angenommen.

Aber erst nachdem sie sich langsam erhoben, trat die Schönheit des Mädchens ganz und voll vor den Blick des Bewunderers, des Bewunderers sagen wir, weil selbst einem für künstlerische Eindrücke weniger empfänglichen Besucher die Herrlichkeit des Wuchses, das Ebenmaß der Gliederung in dieser vollendeten Statue auffallen mußte, zumal die Kleidung höchst taktvoll die Mitte hielt zwischen dem, was

Stimmzettel in einem Kouvert abgegeben werden und in jedem Wahllokal soll ein abgeschlossener Raum mit Ein- und Ausgang sich befinden, in welchem Stimmzettel aller Parteien ausgelegt werden können und den jeder Wähler, bevor er an die Wahlurne tritt, zu passiren hat. Diese Einrichtung ist in einer Reihe europäischer Staaten, unter Anderen in Belgien und England, und in Australien und einer großen Anzahl nordamerikanischer Staaten bereits Gesetz.

In der Debatte zeigten sich natürlich die Redner aller Parteien als begeisterte Verehrer des Wahlgeheimnisses. Es ist nur Schade, daß diese Begeisterung, sobald die Wahlen heran kommen, sich bei den Bourgeoisparteien so wenig bemerklich macht. Der wild-konservative Herr von Meyer-Arnswalde, bei dessen Wahl selbst die gröbsten Verstöße gegen die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimniß vorkamen und deren Giltigkeit deshalb sehr stark angefochten ist, erklärte sich gegen die geheime Wahl überhaupt und bezeichnete es als eine Feigheit, wenn der Wähler sich nicht offen zu seiner Abstimmung bekenne. Es waren das Redewendungen, wie wir sie früher schon aus dem Munde des Herrn von Puttkamer gehört haben. Von unserer Seite sprachen Heine und Auer. Der Antrag wurde einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, welche mit ihrem Auftrage hoffentlich fertig wird. — Ebenso einer Kommission überwiesen wurde der Antrag Reichensperger auf Wiedereinführung der Berufung. Dieser Antrag, welcher ebenfalls schon seit Jahren stetig wiederkehrt, wurde von dem Antragsteller und dem Abgeordneten Munckel sehr eingehend begründet. Von unserer Seite äußerte sich Stadthagen zustimmend über denselben. Im Bundesrath herrscht über diese Frage noch immer getheilte Meinung, wie der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes mittheilte. Diese Mittheilung ist insofern von Interesse, als dies einer der wenigen Punkte ist, in dem Preußen früher immer, und wohl auch jetzt noch, von den Kleinstaaten überstimmt wird oder, wohl richtiger, sich überstimmen läßt. —

Die Rechtsausbildung macht herrliche Fortschritte im Deutschen Reiche. Da sitzen schon seit 18 Jahren die gelehrtesten Männer beisammen und berathen ein bürgerliches Gesetzbuch. Alle Gelehrsamkeit wird bei dieser Arbeit von ihnen erschöpft, ein wahres Kabinetsstück wird endlich aus dieser Arbeit hervorgehen, die nur einen kleinen Fehler hat, daß die thatsächlichen Verhältnisse, welchen das Gesetz zu dienen hat, in steter Umwandlung begriffen sind und das neue Gesetzbuch sich auf Grundlage absterbender und abgestorbener Verhältnisse und Einrichtungen aufbaut. Neben dieser gelehrten Gesetzesarbeit vollzieht sich eine andere Gesetzgebung in unermüdlicher Thätigkeit, um die Löcher der Gesellschaftsordnung auszuflicken und zu verstopfen. Neue und größere Löcher werden aufgerissen, um die alten zu flicken, aus allen Jahrhunderten werden die Flicken zusammengesucht und das so geflickte Gewand wird dadurch immer buntscheckiger und fadenscheiniger.

Die Gesetze werden dabei immer lückenhafter und eröffnen der weitesten Ausdehnung immer größere Bahn. Jetzt liegt ein Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht vor, welches den größten Chikanen Thür und Thor öffnet. Ueber das Gesetz zur Bekämpfung des Zuhälterthums und der Unsittlichkeit liegen uns vorläufig nur Mittheilungen der offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten" vor. Danach würde das Gesetz sich auf alle Gebiete des Strafrechts erstrecken. Neue Vergehen werden geschaffen, neue Strafen (Prügel, harte Lagerstätte, Nahrungsbeschränkung u. s. w.) werden eingeführt, das Gerichtsverfahren in Beziehung auf die Oeffentlichkeit noch weiter eingeschränkt. Was dieses Gesetz zunächst auf Prostituirte, Zuhälter, Messerstrolche u. s. w. durchgeführt wissen will, wird in seiner Konsequenz die Grundlage bilden auch für andere Vergehen. Die Verrohung und Barbarisirung des Rechts, die Entmenschlichung des Menschen, die Unterjochung des Rechtsbewußtseins, das sind die Ziele, auf welche die Gesetzgebung hinsteuert — im Interesse der Sittlichkeit, der Religion, d. h. des staatlichen und kirchlichen Absolutismus. —

Wenn ein Nationalliberaler Minister wird, so hat er zunächst seine Regierungsfähigkeit zu beweisen, und dies thut er am besten damit, daß er zeigt, daß er die größten Reaktionäre übertrumpft und mit Leichtigkeit ausführt, woran diese sich kaum wagen. Er muß mit Stolz ausrufen können: Was eure Puttkamer, Böttticher und Scholz können, kann Miquel auch, und Miquel kann mehr! Ihr hohen Standesherren, fürchtet euch nicht vor dem „rothen" Miquel — eure Steuerfreiheit bleibt unter mir unangetastet. Unter mir macht sich der Fideikommißsteuer-Erlaß ganz gemüthlich. Ehrwürdige Synode, das Odium der Stolgebühren nehme ich dir ab und zahle dafür in baarer Münze blankes Gold. Euch, ihr braven, uneigennützigen Fabrikanten, Aktionäre und Grubenbesitzer, gehe ich mit gutem Beispiel voran und lehre euch, wie man „spart" und zwar an den Arbeitern „spart", spart an allen fiskalischen Werken. Habt ihr sonst noch Wünsche? Trotz Kleist-Retzow und Stöcker will ich euch ein Schulgesetz schaffen, wie jene es kaum zu träumen wagten. Seht, so sind wir Nationalliberalen als Minister. — Ueberholt könnten die Nationalliberalen höchstens noch werden, wenn ein Deutschfreisinniger, Wadenstrümpfler oder Wasserstiefler, Minister würde. Der hätte noch einen intensiveren Beweis seiner „Regierungsfähigkeit" zu geben; der müßte schon durchsetzen, was kein Nationalliberaler kann. Wenn man heute einen Deutschfreisinnigen ins Ministerium riefe, dann wären wir sicher, daß wir in acht Tagen ein Sozialistengesetz und verschiedene kleine und große Belagerungszustände hätten. Das wäre der glänzendste Beweis der Regierungsfähigkeit! —

Die schlechte Finanzlage der preußischen Staatsbahnen ist zum guten Theil auch eine Folge der von Bismarck betriebenen Züchtung von Millionären. Man hat denselben alle möglichen Tarifbegünstigungen für die Ausfuhr von Kohlen gemacht und ihnen damit erleichert, daß sie die Kohlenpreise im Inland auf die äußerste Höhe treiben konnten. Die Mehrausgaben, die den Staatsbahnen aus der Steigerung der Kohlenpreise erwachsen, dürften auf über 10 Millionen zu schätzen sein. Da muß denn, um diese einzubringen und doch noch Ueberschüsse für Militärzwecke zu erzielen, strenge Sparsamkeit an Weichenstellern, Bremsern und sonstigen Eisenbahnarbeitern geübt werden. —

Der protestantisch-orthodoxe Jesuitismus schießt üppig ins Kraut. Es ist nicht lange her, da eiferte der „Reichsbote" gegen das Korpsstudententhum, welches die Taufe vor allem Volke und noch dazu am Pfingstsonntage persiflirte und auf die demüthige Bitte der Konsistorialversammlung, die Fuchstaufe wenigstens auf einen anderen Tag zu verlegen, eine einfach ablehnende Antwort ertheilte. Doch die studentischen Radaubrüder sind jetzt wieder bei den Frommen zu Ehren gekommen, sie haben ihre „christlich-sittlichen" Grundsätze bewährt, indem sie in Halle bei der Aufführung eines Sudermann'schen Stückes einen mordsmäßigen Skandal machten. Zu solcher „christlich-sittlichen" Kravallbethätigung wird man das studentische Radaubrüderthum stets bereit finden, aber die „Frommen" mögen sich wohl hüten, in dessen Fuchstaufen und sonstige Sauereien hineinreden zu wollen, und wollten sie gar den Versuch machen, innerhalb der Korps den Saufkomment beseitigen zu wollen, dann würde der „christlich-sittliche" Geist derselben sich gar gewaltig gegen solche Zumuthung sträuben.

Der orthodox-konservative Jesuitismus zeigt sich auch recht schön in dem sächsischen Regierungsblatt, der „Leipziger Zeitung", die über eine studentische Feier am 18. Januar berichtet. Neben der allgemeinen Studentenfeier fand noch eine besondere Feier der „schlagenden Verbindungen" statt, d. h. solcher Verbindungen, welche die Verletzung des Gesetzes, der Religion und der Sittlichkeit zum Prinzip ihrer Verbindung erhoben haben. Der Gesammteindruck dieser Feier wird von der „Leipziger Zeitung" als ein „vornehmer" bezeichnet, und diesem vornehmen Eindruck gegenüber haben natürlich die Gesetzlichkeit und die Religion, die bei dem „gemeinen" Mann nicht streng genug aufrecht erhalten werden können, in den Hintergrund zu treten. O diese protestantisch-orthodoxen Jesuiten! —

Sie spottet ihrer selbst und weiß nicht wie, nämlich die „National-Zeitung". Sie leitet ihre Besprechung der „Begründung des Volksschul-Gesetzes" mit den Worten ein: „Der erste Napoleon befahl einmal, einer Maßregel, welche allgemeinen Widerspruch hervorrufen mußte, zwei Seiten liberaler Motive voraus zu schicken". Die Aufgabe der nationalliberalen Partei in den 25 Jahren ihres Bestehens war es, für die erzreaktionärsten Maßregeln nicht blos zwei Seiten, sondern ganze Bände liberaler Motive herauszufinden, so lange man diese noch brauchte. Das war die Zeit, wo die Herrlichkeit Laskers im Zenith stand, und um ihn standen in der Suche nach liberalen Motiven Braun Rickert, Bamberger, Forckenbeck und vor Allem, nicht zu vergessen, die Staatsmänner Bennigsen und Miquel. Als man die liberalen Motive weniger oder nur in abgeschwächter Form brauchte, wurde Lasker bei Seite geworfen und die „Magdeburger Zeitung", das Organ seiner eigenen Partei, bezeichnete ihn als ein „nationales Unglück". Mittlerweile sind die um Lasker deutschfreisinnig geworden, Miquel ist Finanzminister geworden und arbeitet für die konservativ-orthodoxe Partei, und Bennigsen als Oberpräsident leistet ihm Gefolgschaft. Was man noch an „liberalen" Motiven braucht, das besorgen die Miniaturgrößen Buhl, Cuny, Osann, Scipio u. s. w. —

Ein sehr vernünftiges Urtheil über den Buchdruckerstreik und die sozialpolitische Unfähigkeit unserer Regierungen finden wir in der „Kreuz-Zeitung." Sie schreibt:

„Streiks und sozialpolitische Agitation bilden die Symptome der sozialen Krankheit, die gesellschaftlichen Fiebererscheinungen. Ein großer Streik französischer Bergarbeiter fand unter Vermittelung der Regierung eine beide Theile befriedigende Erledigung, während der deutsche Buchdruckerstreik, in welchem etwa 10 100 Gehilfen standen, einen friedlichen Ausgleich nicht gefunden hat. Die Streikenden bauten auf die Unterstützung seitens der anderen deutschen Gewerke, die mit begreiflichem Interesse die Sache verfolgten, sowie seitens des Auslandes, namentlich der englischen Trade-Unions, während die Prinzipale die meisten leergewordenen Stellen mit Arbeitslosen und Ausländern ausfüllen konnten und sich überdies der moralischen und faktischen Unterstützung der Regierungen erfreuten. Der Streik ist nun allerdings beendet, die Gehilfen sind unterlegen, aber was ist die Folge: politisch farblos traten die Arbeiter in den Kampf ein, als Sozialdemokraten kommen sie wieder heraus. Und warum das? Weil die Regierungen nichts thun, um an Stelle dieses sozialen Faustrechts geordnete Zustände treten zu lassen. Statt dessen versicherten mit einer merkwürdigen Uebereinstimmung der König Oskar von Schweden und der Ministerpräsident der französischen Republik, wenn sie so dürften, wie sie möchten, so sollte schon etwas für die Arbeiter geschehen, aber so u. s. w. u. s. w. Bei uns wird zwar dergleichen nicht gesagt, aber es geschieht auch nichts zur sozialen Pazifizirung."

Spaßhaft ist es beiläufig, wenn die „Kreuz-Zeitung" in demselben Artikel die Sozialdemokratie „eine schwere organische Krankheitserscheinung" nennt. Oder meint sie damit, daß die Sozialdemokratie die Folge sozialer Krankheit ist und die Reaktion des Organismus gegen den Krankheitsstoff bedeutet? Was man gemeiniglich als „Krankheitserscheinungen" bezeichnet, sind in Wahrheit Genesungserscheinungen. Und die Krankheit der heutigen Gesellschaft gleicht der jener Frau, die von einem schlauen Arzt auf Wassersucht kurirt ward und urplötzlich eines gesunden Knäbleins genas — die soziale Krankheit sind Geburtswehen. —

In Reuß ä. L. hat der Landtag eine, wenn auch kleine Summe zur Ansammlung eines Fonds zur Entschädigung für unschuldig Verurtheilte bewilligt, sowie den Betrag von 7100 M. für die im vorigen Monat an Beamte gewährte Theuerungszulage und 4200 M. zur Gewährung einer Remuneration an Subalternbeamte am 28. März 1892, dem Regierungsjubiläum des Fürsten, welcher ersucht hat, Angesichts der bedrängten Zeit von jeder Ovation abzusehen und das für die Feier bestimmte Geld für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. — Man sieht, in Reuß a. L. ist kein Miquel Finanzminister, sonst hätte man „Angesichts der bedrängten Zeit" auch in Reuß an den unteren Beamten zu sparen gesucht. —

Der Werth des Proportional-Wahlsystems, welches die deutsche Sozialdemokratie in ihr neues Programm aufgenommen hat, besteht darin, daß jede Meinung zum Ausdruck kommen kann, daß eine Vergewaltigung der Minorität ausgeschlossen ist, und daß die Vertretung jeder Partei genau der Zahl der für sie abgegebenen Stimmen entspricht. Wo die Proportionalwahl auf allgemeinem

---

die Gesetze des Schönen empfehlen und dem, was augenblicklich die Mode willkürlich und rücksichtslos verlangte.

„Das ist ja eine Verabschiedung in aller Form, Herr Doktor," sagte sie endlich, „wenn ich Ihre halb ernsten, halb scherzhaften Worte richtig zusammenfasse und verstehe?"

„Etwas Aehnliches ist damit allerdings von meiner Seite versucht worden, mein Fräulein, und ich hoffe, Sie werden mich nicht mißverstehen, mir auch nicht deshalb zürnen. Schwer genug, das können Sie mir glauben, wird mir die freiwillige Entsagung werden, trotzdem ich jetzt einem Streben mich hinzugeben entschlossen bin, das wohl die ganze Seele eines Menschen erfüllen kann. Aber gerade dies ist auch der Zeitpunkt, in dem allein man mit einiger Aussicht auf Erfolg einen solchen Schritt versuchen kann."

„Recht praktisch in der That, praktischer, als man es einem Poeten zutrauen sollte, nur leider auch etwas egoistisch, wie mir scheint, denn Sie fragen dabei wenig danach, ob Sie nicht durch diese verfrühte Trennung befreundeten Menschen einen Schmerz bereiten, die sich an Ihren Umgang gewöhnt hatten, Theil nahmen an Ihren Bestrebungen und in dieser, von wenig idealen Geistern besuchten Welt schwer einen Ersatz finden werden, wenn es sie danach verlangen sollte. Und das Alles noch dazu aus Rücksicht auf ein Ereigniß, das aller Wahrscheinlichkeit nach niemals eintreten wird."

Der Abendwind wehte frisch durch die Zweige der hohen Bäume, und die Blätter, welche längst den festen Halt der Frühlingsfrische verloren, zitterten mächtig vor der Verführung des Feindes, der sie bald aus ihrer luftigen Höhe dem großen Erdengrabe zuführen wird, ja hier und da schon einzelne aus den dichten Reihen ihrer Genossen hinwegweht.

Auch unser junger Freund zitterte unter dem Einflusse mächtiger Gefühlsstürme. Ein Blick auf die bezaubernde Gestalt der Freundin, die er bald nicht mehr sehen wollte, und zwar aus eigenem Entschlusse, sagte ihm, wie viel er in dieser kurzen Scheidestunde zu verlieren gewillt gewesen. Hingerissen von dem Ernste des Augenblicks rief er:

„Fühlen Sie denn gar nicht aus meinen Worten heraus, daß ich handle, wie ich nicht anders handeln kann, wenn ich nicht grenzenlos unglücklich werden soll? Weiß ich doch selbst nicht, wie ich die nächste Zeit ertragen werde, ob ich sie ertragen werde überhaupt? Aber zürnen Sie der Blücke, die dem Kreise des Lichtes zu entrinnen gesucht, weil eine dunkle Ahnung ihr sagt, daß sie bei der geringsten weiteren Annäherung von ihm zu Asche verzehrt wird. — Nun habe ich schon mehr gesagt, als ich jemals sagen wollte, aber Sie werden gerecht sein und sich sagen, daß ich allein die Schuld nicht trage, daß es geschehen."

„Die Schuld wird so groß nicht sein, Herr Doktor; denn Sie sagen mir nur, wenn Sie in diesem Augenblicke ganz aufrichtig sind . . . ."

„Sie zweifeln doch nicht an dem, was kein anständiger Mensch auf Erden entbehren kann, an meiner Wahrheitsliebe, meiner Aufrichtigkeit?"

„Ich zweifle nicht daran, weil ich diese Eigenschaften zu hoch schätze, als daß ich mir vorstellen könnte, daß sie Ihnen fehlten, ich nehme darum einfach an, daß Sie uns . . . mich meiden wollen, weil Sie fürchten —, es ist [illegible] etwas zu sagen —, sich in mich zu verlieben. Nicht wahr, das war es, was Sie mir sagen wollten?"

„Ja, das war meine Furcht, aber jetzt ist es schon nicht mehr Furcht allein: denn in diesem Augenblicke fühle ich es an den zuckenden Fiebern meines Herzens, daß ich unglücklich bin und bleiben werde, weil ich Sie zu lange Zeit, viel zu lange Zeit schon gesehen."

„Und Sie glauben wohl dabei nicht an die Möglichkeit, daß auch mein Herz von ähnlichen Empfindungen beherrscht sein könnte?"

Dem jungen Schriftsteller entfiel der Hut. Von einem innerlichen Schauer gefaßt, faltete er die Hände. Es war ihm, als müßte er mit seinen Armen das Glück krampfhaft umschlingen, das ihm unverhofft, unglaublich vor Augen trat. In den Schatten der Abenddämmerung zeichnete sich die Gestalt der Geliebten, welche, selbst erfaßt von innerer Erregung, die eine kleine Hand auf das klopfende Herz gelegt hatte und sich mit der anderen an die Säule des Gartenhauses lehnte.

„Helene! rief er endlich mit einer vor Aufregung fast erstickenden Stimme und kein anderes Wort wollte über die bebenden Lippen. Aber schnell genug hatte er die kleine Hand erfaßt und an sein Herz gedrückt.

Das Mädchen erbebte in ihrer ganzen anmuthigen Gestalt; willenlos gab sie ihre Hand hin, willenlos ließ sie sich von den Armen des wie von einem Rausch erfaßten Mannes umschlingen, und erst als ein feuriger Kuß auf ihrem Munde glühte, vermochte sie die magnetische Gewalt von sich abzuschütteln, die sie gefangen hielt.

„Nehmen Sie Platz," hauchte sie und zeigte nach dem Sitze, den ihr Besuch vorher inne gehabt, während sie selbst auf den ihrigen zurücksank.

Der junge Mann folgte halb bewußtlos und jedenfalls willenlos der Weisung; es war ihm unmöglich, ein Wort zu äußern, denn es war ihm Alles wie ein Traum. Geliebt hatte er dieses Mädchen schon lange mit aller Gluth seiner Seele; aber mit der eisernen Willenskraft, welche die edleren Seelen auf Erden nach und nach im Entsagen gewinnen, hatte er zeitig genug seinen Wünschen Schranken gesetzt, um dieselben keine ungehörige Herrschaft über seinen Willen gewinnen zu lassen. Und als er fühlte, daß alle seine Anstrengungen in dieser Beziehung eine Niederlage erfahren würden, wenn er sich länger dem süßen Genusse dieses Umganges hingäbe, da war er entschlossen genug gewesen, mit einem scharfen Schnitt die Lebensfäden zu zerschneiden, die seine Existenz mit der jenes geliebten Wesens unauflöslich zu verknüpfen drohten. Dieser Versuch war ihm nun gänzlich mißlungen, wie er sich jetzt zu seinem höchsten Entzücken sagen konnte, und dennoch wirkten die früheren Zweifel und Bedenklichkeiten noch so weit nach, daß er nur mit einer heimlichen Angst sein Glück genießen konnte.

Lange Zeit saßen die beiden Liebenden in stummen Träumereien versunken, einander gegenüber; endlich erhob sich das Mädchen und reichte dem Träumer ihre Hand, indem sie leise hinhauchte:

„Gute Nacht, mein Freund!"

(Fortsetzung folgt.)

Stimmrecht beruht, ist jeder Partei die Gelegenheit gegeben, den ihr gebührenden politischen Einfluß auszuüben, und hat keine Partei das Recht, sich über mangelhafte Vertretung und ungenügenden Einfluß zu beschweren, wie z. B. wir Sozialdemokraten es jetzt in Deutschland thun können, weil unsere Vertretung im Verhältniß eine ungleich geringere ist als unsere Stimmenzahl. In der Schweiz hat das Proportionalsystem sich vortrefflich bewährt, und im Kanton Tessin, der seit Jahrzehnten von den heftigsten Parteikämpfen durchtobt ward, hat es dem permanenten Bürgerkrieg thatsächlich ein Ende gemacht. Früher herrschte dort ein dem berüchtigten Listenskrutinium ähnliches Wahlsystem. Liberale und Klerikale, die einander geschlossen und unversöhnlich gegenüberstanden, trachteten bei der Wahl nur danach, die Majorität zu erlangen, und wer siegte — und war es auch nur mit wenigen Stimmen —, der konnte den Gegner ganz mundtodt machen, ihn aus allen Staats- und Gemeindeämtern verdrängen. Daß bei einem solchen System die Leidenschaften sich nicht beruhigen konnten, und die mit dem Wahlzettel Unterlegenen in ihrer Wuth zur Flinte griffen — das ist so natürlich, daß es keiner Erläuterung bedarf. Nach dem letzten Putsch nun, der dem Kanton eine längere Besetzung durch eidgenössische Truppen einbrachte, beschlossen die Vernünftigen auf beiden Seiten, einen gemeinsamen Boden der Verständigung zu suchen. Und — sie fanden ihn in dem Proportionalwahlsystem. Wohl ist in Tessin die Parteiwuth noch nicht ganz erloschen, aber keine von beiden Parteien kann mehr durch die andere vergewaltigt werden, und so wird aller Voraussicht nach der „Stutzen" (das „Vetterli") seine Rolle in den Parteikämpfen dieses Schweizer Kantons ausgespielt haben. —

In der französischen Deputirtenkammer kam es gestern zu großen Skandalszenen. Die Boulangisten Lessenne und Laur verlangten wegen der von ihrem Organ „Intransigeant" gegen den Minister Constans vorgebrachten Beschuldigungen zu interpelliren. Es wurde die Vorfrage gestellt, ob man überhaupt in eine solche Diskussion eintreten wolle. Hiergegen protestirte Laur in gemeinen Schimpfreden, indem er Constans als einen schon lange von der öffentlichen Meinung gebrandmarkten Minister hinstellte. Bei diesen Worten stürzte Constans auf Laur und schlug ihm kräftig ins Gesicht. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Bei dem hierauf sich fortsetzenden Tumult erhielt auch noch der Boulangist Castelin vom Abgeordneten Delpech eine Ohrfeige. Das gleiche Schicksal erfuhr ein anderer boulangistischer Abgeordneter Seitens eines Journalisten. — Bei Wiederaufnahme der Sitzung entschuldigte sich Constans, daß er die Versammlung gestört; in gewissen Fällen sei es unmöglich, kaltblütig zu bleiben.

Im Deutschen Reichstag ist man doch etwas kaltblütiger oder — besonnener. Da konnte ein Minister einer ganzen großen Partei, die heute ausschlaggebend in der Gesetzgebung ist, einen gemeinen Meuchelmörder an die Rockschöße hängen unter Beifallsruf der nationalliberalen Mehrheit. Da konnte er auch mit geballter Faust auf einen Abgeordneten losgehen, und wenn er nicht zuschlug, so wird das nur der großen Vorsicht des großen unerschrockenen Redners zuzuschreiben sein, der sich vor der geschwungenen Faust behutsam duckte und zurückzog. —

Die Lage in Rußland ist eine so gespannte, daß eine höhere Spannung nicht mehr möglich ist, und der Zeitpunkt gekommen ist, wo es heißt: biegen oder brechen. Verharrt das Zarenthum in seinem Widerstand, den es vielleicht für heroisch hält, der aber thatsächlich nur auf stumpfsinnigen Fatalismus oder Größenwahn (die „Cäsarenkrankheit") hinausläuft, so ist eine furchtbare Katastrophe unvermeidlich; und die Dinge sind so weit gediehen, daß der Ausbruch jeden Augenblick erfolgen kann.

Freilich nicht: muß. Denn die Menschen sind geduldig, insbesondere die Russen sind an's Dulden und an Fußtritte gewöhnt und der Gedanke der Selbsthilfe liegt in Rußland den Massen fern, so leicht sie auch im einzelnen Falle bereit sind, zur Gewalt zu schreiten. Allein das Schloß des nächsten Gutsherrn anzünden und den Eigenthümer todtschlagen — in Rußland bekanntlich sehr häufige Vorkommnisse — und gegen die Regierung „Väterchens" vorgehen, das sind zwei verschiedene Dinge. Allein die Nachrichten von Gewaltthaten, Aufruhr, Gesetzlosigkeit in jeder Form häufen sich aus allen Theilen des Reichs — die Polizei und Gendarmerie auf dem Lande ist machtlos, und die herumziehenden „Räuberbanden" erinnern aufs Lebhafteste an die „brigands" bei Beginn der französischen Revolution — diese „Banden" von angeblichen „Räubern", in Wirklichkeit Schaaren verhungernder Bauern und Dorfproletarier, die sich Nahrung suchten und Rache übten an den Urhebern ihres Elends. In Kasan ist der Gouverneur getödtet worden, aus Kiew und Warschau werden Massenverhaftungen gemeldet; und nicht blos in Warschau, sondern auch in anderen Theilen Polens regt es sich unheilverkündend. Wenn ein polnischer Aufstand mit einer Volkserhebung im eigentlichen Rußland zusammenträfe, was man in Petersburg befürchtet, so würde dies voraussichtlich den Zusammenbruch des „Kolosses mit den thönernen Füßen" bedeuten. Gewiß ist, daß die zielbewußten Feinde des Zarenthums in Rußland und Kongreßpolen nicht mehr, wie in früheren Zeiten, durch „nationale" Vorurtheile auseinander gehalten werden.

Höchst interessant ist eine Korrespondenz der „Kreuz-Zeitung" über „russische Zustände". Der Verfasser, „der in letzter Zeit viele Verbindungen mit Rußland hatte und die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt", spricht sein Urtheil dahin aus:

„Mir macht die Sache hier und da den Eindruck, als wenn es schließlich zu schweren inneren Unruhen, wenn nicht gar zu Umwälzungen kommen könnte."

Und das glauben auch wir.

Was der Verfasser über die Folgen der Bauernemanzipation sagt, ist zum Theil zutreffend. Er schreibt:

„Die liberalen Theoretiker werden ihre weisen Häupter schütteln, wenn ich hier eine Wahrheit ausspreche, welche auf allen Seiten in Rußland bestätigt wird, daß nämlich die so kopflos überstürzte Aufhebung der Leibeigenschaft eine der wesentlichen Ursachen der Hunger-Kalamität bildet. Früher sammelte der Grundbesitzer, der in Rußland an Mißernten gewöhnt ist, sein Getreide in den besseren Jahren an, um seine Leute durch den Winter — auch durch schlechte Zeiten — hindurch zu bringen. Ja dies lag sogar in seinem eigensten Interesse; heute hat er natürlich keinen Grund mehr, seinen Roggen zu speichern. Die Freigewordenen aber sind bekanntlich zu leichtsinnig, um auch nur an die nächste Zukunft zu denken; sie verkaufen, verthun und vergeuden sofort, was sie geerntet haben. Der russische Staat andererseits ist zu verlottert, um an so etwas zu denken oder gar heranzugehen." —

Daß die Aufhebung der Leibeigenschaft in der Form, wie sie vollzogen wurde, den Bauern nicht zum Segen gereicht hat, ist richtig. Aber das war ja auch gar nicht der Zweck. Der Zar wollte, im Interesse seiner Selbstherrlichkeit, die Macht der Adligen einschränken. Nicht Beweggründe der Humanität, sondern der Macht waren maßgebend. An den Bauern lag dem Väterchen von damals gerade so wenig, wie dem „Väterchen" von heute an ihnen liegt. Wie die armen Leibeigenen bei ihrer „Freilassung" betrogen worden sind, wie man ihnen das schlechteste Land gab, wie man ihnen alle gesunden Existenzbedingungen vorenthielt und raubte — das ist von unseren russischen Parteigenossen an der Hand unwiderleglicher Thatsachen überzeugend nachgewiesen worden. Und an der Thatsache, daß der „freie Bauer" sich heute in schlechterer Lage befindet, als weiland der „leibeigene", ist nicht zu zweifeln. Nicht daß hiermit die Leibeigenschaft vertheidigt oder auch nur beschönigt werden sollte. Wir wollen blos die kleinliche und nichtswürdige Politik brandmarken, die eine solche Maßregel aus gemeinsten Motiven in so schmählicher Weise verhunzen konnte. Mit der Aufhebung der Neger-Sklaverei hat man beiläufig nach dem amerikanischen Bürgerkriege ähnliche Erfahrungen gemacht. Die befreiten Sklaven wurden aufs Schuftigste über's Ohr gehauen und in Existenzbedingungen gebracht, die in Wahrheit Nichtexistenzbedingungen waren. Und da wurde ihnen dann hinten nach, wie jetzt den russischen Leibeigenen, der Vorwurf gemacht, sie seien „faul", „lotterich" u. s. w.!

Wenn der Verfasser schließlich noch meint, daß die Rüstungen Rußlands, die trotz der inneren Schwierigkeiten fortgesetzt werden, gegen Mitteleuropa, insbesondere gegen Deutschland gerichtet sein müßten, so mag er in Bezug auf die Absicht Recht haben, allein die Rüstungen eines Staats, der, als er in der Blüthe seiner Kraft stand, nicht einmal mit dem türkischen Reich fertig werden konnte — die Rüstungen eines solchen Staats können uns doch wahrhaftig nicht gefährlich sein jetzt, wo er sich selbst nur mühsam auf den Beinen halten kann und ins Verderben hineintaumelt.

Vor 46 Jahren sagte der Großvater des jetzigen Zaren — der „ritterliche" Nikolaus — von der Schweiz, die sich anschickte, die Jesuiten zum Tempel hinauszuwerfen und die guten Rathschläge der monarchischen Regierungen stolz ablehnte: „Die Schweiz spielt in Europa die Rolle des betrunkenen Heloten, der durch sein Beispiel abschreckt." Die Schweiz war kein trunkener Helot und ihr Beispiel hat nicht von der Republik abgeschreckt — die Februar-Revolution kam und Frankreich ist heute Republik.

Ein betrunkener Helot treibt aber seit nur zu langer Zeit abscheulichen Unfug vor den Augen der zuschauenden Völker — und er heißt russisches Zarenthum. —

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte gestern die Ergebnisse der Erhebungen über die Wahl des Herrn von Redern (9. hannoverscher Wahlkreis Hameln-Linden). Von Seiten des Referenten war Giltigkeit der Wahl beantragt, doch fand sich dagegen so viel Widerspruch, daß die Verhandlung wegen Beginn des Plenums nicht zum Abschlusse gebracht werden konnte.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Der Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein zu London faßte in seiner Generalversammlung vom 16. Januar mit 48 gegen 27 Stimmen folgenden Beschluß:

„Die heutige Generalversammlung protestirt zunächst gegen die am 2. Januar, mit 22 gegen 6 Stimmen angenommene Resolution, die einen Prinzipien- und Statutenbruch bedeutet; ferner erklärt sie sich mit dem Referenten ausdrücklich dahin einverstanden, daß die Verdächtigungen und Unterstellungen der Opposition durchaus unerwiesen sind. Des weiteren erklärt sie ausdrücklich, daß der Kommunistische Arbeiter-Bildungsverein nach wie vor unentwegt zu den Prinzipien der deutschen Sozialdemokratie, zu ihrem Programm und ihrer Taktik steht, daher die §§ 2 und 8a des Vereinsstatuts mit allem Nachdruck aufrecht erhalten wissen will.

Demgemäß spricht sie dem Erfurter Parteitag ihre volle Zustimmung und Anerkennung aus"

Auch in London ist also die Thätigkeit der Frondeure verlorene Liebesmüh gewesen.

•

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Die Strafkammer zu Frankfurt a. M. hat die von der dortigen Polizei im Monat Dezember verfügte Schließung des „Vereins zur Vertretung der Arbeiterinnen" und des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiterinnen in der Papierbranche" bestätigt, weil dieselben durch die Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden seien und neben anderen Zwecken auch politische erstrebt hätten. Die Vorsteherin des letzteren Vereins, Frau Hofmann, welche auch im ersteren Verein thätig war, wurde wegen Zulassung politischer Themata in den Vereinsversammlungen zu 50 M., 9 andere Vorstandsmitglieder zu je 15 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Gegen den Redakteur Braun, dessen Verurtheilung gestern unter „Depeschen" gemeldet wurde, hatte der Staatsanwalt wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung der Generalin O'Neil in Wiesbaden und wegen Aeußerungen über die Begnadigung des Mainzer Leutnants Leyendecker je drei Monate Gefängniß beantragt. Der Saarbrücker Gerichtshof ging bezüglich des ersteren Delikts weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, indem er auf 6 Monate Gefängniß erkannte, für die übrigen Strafthaten verurtheilte er den Angeklagten zusammen 2 Monaten Gefängniß. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet, die beantragte Entlassung aus der Haft abgelehnt. Braun vertheidigte sich selbst.

Soziale Uebersicht.

Dem Reichsamt des Innern zur Beachtung! Als vorige Woche die sozialdemokratischen Abgeordneten die Mißhandlungen der Kohlenzieher auf den deutschen Seedampfern zur Sprache brachten, hatte der Vertreter des Reichsamts des Innern, Geheimrath Dr. v. Rottenburg, blos die eine Entschuldigung, daß solche Fälle nur ausnahmsweise vorkamen. Dem wurde zwar von den sozialdemokratischen Abgeordneten sofort mit Hinweis auf die zahlreichen ihnen bekannt gewordenen Fälle widersprochen. Es kam uns nun auch ein Bericht der „Bremer Nachrichten" über eine Verhandlung des Seeamts zu Bremen vor Augen, der eine Bestätigung der Auffassung unserer Parteigenossen enthält. Der hier folgende Bericht zeigt, daß die Vorgänge auf den Schiffen sich beständig wiederholen und daß auch die körperliche Mißhandlung mit der ¾ Zoll starken Tuckspackung beständig wiederkehrt. Der Bericht der „Bremer Nachrichten" lautet:

Bremerhaven, 16. Januar. (Seeamts-Verhandlungen.) Vorsitzender: Raben; Beisitzer: Hafenmeister v. Bülow-Geestemünde, Rheder Gildemeister-Bremen, Kapt. Janßen-Bremen und Schiffsbaumeister Baars-Bremerhaven; Reichskommissar: Dr. H. Romberg-Bremen. Bei der ersten Verhandlung handelte es sich um den Lloyddampfer „Sachsen", Kapt. Supmer, auf welchem am 18. Juni 1891 der Kohlenzieher Volz über Bord sprang und ertrank. Die „Sachsen" befand sich auf der Reise nach Ostasien im rothen Meere; die Hitze betrug im Kesselraum 48 Grad Celsius. Es befanden sich 12 Kohlenzieher an Bord, von denen vier gleichzeitig auf Wache kamen. Nachdem dieselben dann noch die Asche aufgehievt hatten, welches etwa ½ Stunde in Anspruch nahm, folgte eine achtstündige Pause. In jeder Wache waren 90—94 Körbe à 1 Zentner aus den Kohlenbunkern nach den Kesseln zu schaffen. Ein Theil der Kohlenzieher bestand aus unbefahrenen Leuten. Volz kam am 18. Juni, Morgens 6½ Uhr an Deck, kletterte, wie ein Zeuge bemerkte, auf die Reeling, warf noch einen wirren Blick nach der Kommandobrücke und stürzte sich dann ins Wasser. Auf den Ruf „Mann über Bord" wurde die Maschine etwa eine Minute lang gestoppt, um Volz nicht in Gefahr zu bringen, in die Schraube zu gerathen, dann wurde mit voller Kraft rückwärts gefahren und auf der Stelle, wo Volz über Bord gesprungen war, noch ¾ Stunden hin und her manövrirt. Volz kam jedoch nicht wieder in Sicht. Daß Volz von seinen Vorgesetzten mißhandelt worden ist, hat keiner von den Zeugen gesehen, er soll jedoch gesagt haben, er könne die Behandlung nicht mehr aushalten und wolle über Bord springen. Ein Kohlenzieher, welcher mit Volz dieselbe Wache hatte, schildert ihn als einen kleinen, schwächlichen Menschen. Die beiden Maschinen-Assistenten Volkmann und Milenz haben nie bemerkt, daß die Kohlenzieher von ihren Vorgesetzten mißhandelt wurden. Milenz sagt aus, daß Volz ihn mehrmals gefragt habe, ob er nach oben gehen dürfe. Er selbst sei auch mehrmals infolge der großen Hitze schlaff geworden. Zeuge hält die große Hitze für den Grund des Ueberbordspringens. So viel er bemerkt habe, hätten die Kohlenzieher alle ihre Schuldigkeit gethan. Nach der Aussage verschiedener Zeugen soll Volz von dem Oberheizer Gerke und dem zweiten Maschinisten Paul gemißhandelt worden sein. Der Kohlenzieher Appelt sagt aus, daß der Oberheizer Gerke ihn (Appelt) als er nicht genug Kohlen herbeischaffen konnte, mit einer ¾ Zoll starken Tuckspackung im Bunker geschlagen habe. Beschwert habe er sich nicht, weil doch Niemand etwas darauf gebe. Einmal habe ihn auch der dritte Maschinist Christyck mit der Faust geschlagen; er habe sich darauf bei dem Obermaschinisten beschwert, dieser habe ihm aber geantwortet, er werde die Strafe wohl verdient haben. Bei Gerke sei es ziemlich roh hergegangen. Er (Zeuge) sei oft vor Hitze und infolge der Seekrankheit schlaff geworden. Gerke habe sich öfter an ihm vergriffen, wenn auch nicht in so schwerer Weise wie das erste Mal. Der 3. Maschinist habe ihn nur einmal mißhandelt; derselbe „schlage aber etwas zu derb zu"; er habe laut geschrieen. Der Kohlenzieher Jahn war mit Volz auf derselben Wache, ob letzterer befahren war, weiß er nicht anzugeben. Er glaubt, daß Volz über Bord gegangen sei, weil der Oberheizer Gerke ihn zu sehr „getrieben" habe. Er habe Volz kurz vor dem Ueberbordspringen zu dem 2. Maschinisten Paul in den Maschinenraum gehen sehen und dann bemerkt, daß er weinend zurückgekommen sei. Um dieselbe Zeit habe er einen anderen Kohlenzieher von der Hitze besinnungslos an Deck liegen sehen. Daß er geschlagen worden, habe Volz nicht zu ihm gesagt. Ein anderer sei in Singapore desertirt, daß dieser und Appelt von Gerke mit einer schweren Tuckspackung geschlagen worden sei, habe er im Bunker mit angesehen. Er habe auch beim Waschen bemerkt, daß ersterer an der Seite fingerdicke Striemen gehabt habe. Gerke sei mit dem Geschlagenen zum Schiffsarzt Dr. Felsmann gewesen. Kapitän Supmer sagt aus, daß ihm nie Beschwerden zu Ohren gekommen seien, auch sei ihm von Mißhandlungen nichts bekannt geworden. Vom Schiffsarzt sei ebenfalls keine derartige Anzeige gekommen. Die Kohlenzieher sollen nach einer Vorschrift des Norddeutschen Lloyd, wenn sie an Bord kommen, auf ihre Arbeitsfähigkeit und Gesundheit untersucht werden. Zeuge glaubt, daß dieses auch beim Antritt der Reise geschehen sei. Die Angemusterten seien des Streiks wegen erst auf der Rhede von Bremerhaven an Bord gekommen. Gerke sei am Endpunkt der Reise entlassen worden, aus welchem Grunde, wisse er nicht anzugeben. Darüber könne der erste Maschinist Auskunft ertheilen. Auf der letzten Reise der „Sachsen" seien Chinesen und Singhalesen als Kohlenzieher an Bord gewesen. Reichskommissar Dr. Romberg ist der Ansicht, daß Mißhandlungen der Kohlenzieher an Bord der „Sachsen" vorgekommen sind. In welchem Verhältniß dieselben zu dem Unfall stehen, lasse sich noch nicht übersehen. Er bitte, die Verhandlung zu vertagen und noch weitere Zeugen zu vernehmen. Es liege auch der Verdacht vor, daß bei der Untersuchung der Kohlenzieher nicht strenge genug verfahren werde. Das See-Amt vertagte die Verhandlung bis auf Weiteres und beschloß die Vernehmung des Obermaschinisten, der Maschinisten Paul, Christyck und Tesch, des Kohlenziehers Wiegand, des Oberheizers Gerke und womöglich des Schiffsarztes."

Es empfiehlt sich jedenfalls, daß das Reichsamt des Innern den Zuständen auf den deutschen Seedampfern seine besondere Aufmerksamkeit schenkt und die Reichskommissare mit entsprechenden Instruktionen versieht.

Mechaniker!!

Der Streik in der mechanischen Werkstatt von Michaelis u. Komp., Berlin, Melchiorstr. 6, dauert unverändert fort. Kollegen! Wundern werdet Ihr Euch, daß wir während der jetzigen Geschäftskrisis zu diesem Mittel griffen. Aber es ging nicht anders, sollten die opfervollen Errungenschaften vom Jahre 1890 nicht verloren gehen. Wir sind entschlossen, an der bisherigen Arbeitszeit festzuhalten und nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis Herr Michaelis nachgegeben hat; denn wir Alle stehen auf dem Standpunkt, daß ein Festhalten an der bisher üblichen Arbeitszeit unter allen Umständen erforderlich ist. Ist erst in einer Werkstatt die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt, so wäre es nur eine Frage der Zeit, ob die neunstündige Arbeitszeit in den übrigen Werkstätten unserer Branche noch zu halten sein würde. Kollegen! Wie bei den Personalen aller übrigen Werkstätten, so waren auch bei uns die Verdienstverhältnisse unbefriedigende, denn es kam sogar vor, daß Kollegen sich mit einem Verdienst von 13—15 M. pro Woche begnügen mußten.

In einer am Montag stattfindenden Versammlung werden wir weiteres Material bekannt geben.

Mit kollegialischem Gruß

Die ausständigen Kollegen.

In Szegedin haben nach einer Mittheilung des „Correspondenten" die Buchdruckereibesitzer den Neunstundentag und ein Lohnminimum von 10 Gulden bewilligt.

Theater.

Donnerstag, den 21. Januar.
Opernhaus. Titus.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. — Der eingebildete Kranke.
Lessing-Theater. Helga.
Deutsches Theater. Kollege Crampton.
Berliner Theater. Nach Madrid.
Residenz-Theater. Madame Mongodin. Vorher: Modebazar Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Herr und Frau Doktor.
Bellealliance-Theater. 's Nullerl.
Ostend-Theater. König Lear.
Adolph Ernst-Theater. Der Tanzteufel.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77—79.
Heute sowie täglich:
Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
Konzert- und Koupletsänger.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags **10 Pf.**, Sonntags **25 Pf.**
Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval.** 3 Kegelbahnen 6 Billards, 2 Säle. 1169L

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
Die fliegende
Geigen-Fee.
Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen: 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
Kolossal-Gruppe: **Bauern-Aufstand!**
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
Neu:
Die
Sündflut
mit Donner, Blitz, Regen und Windesheulen etc.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
die tätowirte Amerikanerin in
Präuscher's anatomischem Museum
nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
Täglich für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag für Damen.

Alle **Freunde** und **Genossen** lade zu der heut, **Donnerstag, den 21. Jan.,** Abends 9 Uhr, stattfindenden
Einweihungsfeier
meines **Restaurants,**
Schönleinstraße 6,
ein. **2 Kegelbahnen,** sowie kleiner **Vereinssaal** für 150 Personen zu **Versammlungen** und **Vereinssitzungen** sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. 1916L
Otto Klein, Schönleinstr. 6.

Achtung **Achtung!**
Ich mache meinen Freunden hiermit bekannt, daß ich am grünen Strand der Spree, Manteuffelstr. 62, Ecke Kottbuser-Ufer, ein **Restaurant** eröffnet habe. [1059b] **Eduard Liebisch.**

Künstliche Zähne 2 Mark.
Plomben von 1,50 M. an. **Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr.** Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Circus Renz.

Karlstraße.
Donnerstag, den 21. Januar 1892, Abends 7¼ Uhr:
„Auf Helgoland"
oder: Ebbe und Fluth.
Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen ꝛc. Ferner Dampfschiff- u. Bootfahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten ꝛc., arrangirt und inszenirt vom Direktor **E. Renz.**
Außerdem: Zum 1. Male: **Lord und Sohn,** höchst komische Reitpiece von mehreren Herren. **Contredanse,** geritten von 9 Herren. 6 Trakehner Rapphengste, zusammen dressirt und vorgeführt von Herrn **Franz Renz.** Colmar, geritten von der Schulreiterin Frl. **Clotilde Hager. Sisters Lawronce** auf dem fliegenden Trapez. Auftreten der vorzügl. Reitkünstlerinnen und Reitkünstler ꝛc. **Komische Entree etc.**
Täglich: **Auf Helgoland.**
Sonntag zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielfaches Verlangen: **„Die Touristen."** Abends 7½ Uhr: **Auf Helgoland.**
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.
Donnerstag, den 21. Januar 1892:
Abends 7½ Uhr:
Grosse Brillant-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Grand Quadrille des Clochos de Corneville mit Glockenspiel-Begleitung, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Parforce-Reiterin **Miss Victoria.** Potpourri mit 6 Pferden, Originaldressur des Herrn **Ernst Schumann. Mr. Alexander,** Saltomortalreiter. Auftreten der Szenen-Reiterinnen **Miss Adele** und **Emma Hodgini. Abd-el-Kader,** arab. Vollbluthengst in der Kampagneschule, geritten von Frl. **Adela Schumann. Komische Entrees** sämmtl. Klowns.
Zum Schluß der Vorstellung:
M. W. oder **Berliner Kinder im Sommer und Winter.** Gr. Wasser- und Feuer-Pantomime mit großartiger Ausstattung und sensationellen Wasser-, Licht- und Feuer-Effekten. (Letztere von den Pyrotechnikern **Brandt & Sohn.**)
Ballet, 12 Damen in Uniform der Rathenower Husaren. Militärische Evolutionen von 24 Damen.
Morgen: Gr. Vorstellung.
Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:
Extra arrangirte Kinder-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefèvre's Fabrik, Berlin,** Oranienstr. 158. [1820L
1 Posten reinw. **Schlafdecken** mit kleinen Flecken Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.
Werth das Doppelte!!
Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Tücht. Gesanglehrer, der gewillt ist, einen Verein (M. d. A.-S.-B.) zu dirigiren, wird ersucht, sich zu melden, Freitag Ab. v. 6—10, Großgörschenstraße 26, H. r. p. bei Seitz. [1057b

Vertreter gesucht.

Ein Institut allerersten Ranges der Lebens- und Unfall-Versicherungsbranchen sucht noch geeignete Vertreter. Die Provision ist reichlich bemessen. Sachgemäße Unterweisung und Anleitung findet bereitwilligst statt. Strebsamen, intelligenten Herren bietet sich bei günstigen Erfolgen Aussicht auf baldige Anstellung als Platz-Inspektor für Berlin und somit Schaffung gesicherter Zukunft. Gef. Adr. erbeten Exp. d. Bl. sub B. V. 256. 1032b

Mache bekannt, daß Niemand mein Sohn Max etwas borgt, da ich für nichts aufkomme. **C. Alter.**

Den Mitgliedern der 437/7
Ethischen Gesellschaft
zur Nachricht, daß die Ehefrau unseres Mitgliedes **Bernhardt Schunkes**
Anna Schunke
geb. **Grunwald**
am 19. d. Mts. nach schweren Leiden an der Proletarierkrankheit verschieden ist. Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause Friedrichshain nach dem Zionskirchhof in Weißensee statt.
Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der deutsch. Drechsler und Berufsgen., E. H. 86 Hamburg, Verwaltungsstelle Berlin A.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Theodor Görsch
am 18. Januar an der Lungenschwindsucht verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 21. Januar, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes in der Friedenstraße aus statt. 1058b
Die Ortsverwaltung.
J. A.: F. Rauch.

Vereinsabzeichen, Stempel u. Graviren, empf. d. Genossen **G. Kleist,** Waldemarstr. 48.

Ich muß meine Gesinnungsgenossen auf mein **Cigarren- u. Tabakgeschäft** aufmerksam machen. 1055b
Robert Drangelat, Gr. Görschenstr. 31.

Die **Maskengarderobe** von **M. Grimm,** Frankfurterstr. 42, stellt hocheleganteste Kostüme billigst. 1035b

Waldvögel, Rothe Dompfaffen 3 M. Stieglitze, Rothhänflinge 1,25 M., Buchfinken, Zeisige 1 M. (reelle Männchen). F. Schnelle, Skalitzerstr. 132. 1906L

Alle gebrauchten **Briefmarken** kauft fortwährend. Prosp. gr. **G. Zechmeyer, Nürnberg.**

Brockhaus, Meyer's
Lexikon, Bücher, Bibliotheken kauft **A. Hannemann, Kochstr. 56 I.**

Mehl-, Vorkost-, Holz- u. Kohlengeschäft m. Rolle zu verk. wegen Aufgabe des Geschäfts. **Jung,** Boppstr. 1.

Pfandleihe Hagen, Dresdenerst. 103 I. Uhr., Gold, Silb., Zinsfch. ꝛc.

Guter Stand **Betten,** neu, sof. bill. z. verk. Britzerstr. 10, vorn part. [1056b

Kinderwagen, Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23** H. p.

Vereinszimmer, 15 u. 50 Pers. fass. zu vergeb. **Flick,** Simeonstr. 23.

Splittgerbergasse 1—2 (Wallstraße) **4 Fabriksäle** (keine Tischler) 650 bis 850 Mark auch mit Wohnung.

Rixdorf, Berlinerstraße 70, sind freundliche Wohnungen von Stube und Küche, separater Eing., von 150 bis 210 M. sofort zu verm. [1044b

G. m. Zimmer z. v. Z. erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Feld. Schlafst. b. **Gehlke,** Demminerstraße 2, vorn 4 Tr. 1020b

Ein Gesanglehrer mit Geige wird für einen Verein gesucht. Zu erfragen Willibald-Alexisstraße 34, vorn part. bei Albrecht. 1062b

Arbeitsmarkt.

Genosse, 4 Monate krank und erwerbsunfähig gewesen, bittet um irgend welche Beschäftigung. Offerten unter **S.** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Patent in allen Staaten angemeldet. **Patent** in mehreren Ländern schon ertheilt.

Kathreiner's
Kneipp-Malz-Caffee
mit Aroma und Geschmack des echten Bohnencaffee
ist der beste, wohlschmeckendste und gesündeste Caffee-Zusatz,
ausserdem im Gebrauch der billigste.

Reiner Malz-Caffee ist ein vorzügliches Getränk besonders für Frauen, Kinder, Kintarme, Nervenleidende etc.

Hauptsache richtige Zubereitung:
die Körner mahlen und **mindestens 5 Minuten kochen.**

Wird **niemals** lose verkauft, sondern nur in **Original-Packeten** mit nebenstehender Schutzmarke.

Verkaufs-Preis: 45 Pf. 1 Pfd.-Packet, **25 Pf.** ½ Pfd.-Packet, **10 Pf.** Probe-Packet à ca. 100 Gr.
Zu beziehen durch die Colonialwaaren- und Droguen-Handlungen.
Kathreiner's Malz-Caffee-Fabriken
Berlin — München — Wien.

Oeffentliche Versammlung
der **Zimmerer** von Rixdorf, Britz u. Umg.
am **Sonntag,** den 24. Januar, Nachmittags 1 Uhr, in **Kummer's Salon,** Berlinerstr. 136.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent Kamerad Wolter. 2. Diskussion. 3. Wahl zum bevorstehenden Gewerkschaftskongreß. 4. Verschiedenes. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 1038b
Das Erscheinen sämmtlicher Zimmerleute ist dringend nöthig.

Sanitäts-Verein für Arbeiter beiderlei Geschlechts.
General-Versammlung
am **Sonntag,** den 31. d. M., Nachm. 4 Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Jahresbericht des Kassirers und des Ausschusses. 3. Wahl des Gesammtvorstandes und des Ausschusses. 4. Verschiedenes. 269/7
Der Vorstand. J. A.: P. Hundt.

Achtung! Maurer!
Großer Wiener Masken-Ball
der Filiale Berlin II. des Zentralverbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
am Sonnabend, den 23. Januar 1892, in der Berl. Bockbrauerei am Tempelhofer Berg.
Anfang 8 Uhr.
Billets à 50 Pfg. sind in den mit Plakaten belegten Lokalen und bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: 247/14
W. Busch, Bergmannstr. 16, Seitenfl. part.; Aug. Helterhoff, Arndtstr. 31, v. 3 Tr.; F. Herkt, Wienerstr. 13, v. 3 Tr.; Louis Lambrecht, Hagelsbergerstr. 3, H. 1 Tr.; W. Rosenberger, Grunewaldstraße 115, 2. Hof 4 Tr.
Freunde und Gönner ladet ergebenst ein
Das Komitee.

Vereinig. der Drechsler Deutschlands
(Ortsverwaltung Berlin).
Gr. Wiener Maskenball
am Sonnabend, den 23. Januar 1892, im festlich dekorirten Saal des „Elysiums", Landsberger Allee 40—41.
Anfang 9 Uhr. Billets 50 Pfg.
Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**
Billets sind zu haben bei: G. Schulz, Cigarrengeschäft, Admiralstr. 40a; Fröhlich u. Richter, Grüner Weg 65; F. Berndt, Cigarrengeschäft, Neue Schönhauserstr. 18; im Hutgeschäft von Kehr, Köpenickerstr. 126; und bei den Kollegen Germey, Dresdenerstr. 13, Hof 2 Tr.; Trolle, Grüner Weg 19, vorn 1 Tr.; Schuster, Brunnenstr. 60, vorn 4 Tr.; Sauer, Friedenstr. 101, Hof rechts pt., und in den mit Plakaten belegten Geschäften. 138/4

Achtung! Berufsmusiker! Achtung!
Oeffentliche Versammlung
aller Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend
am **Freitag,** den 22. Januar, Nachmittags 2 Uhr, in **Herfeld's Salon,** Grenadierstr. 38.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft. Referent Otto Thierbach. 2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes. 1061b
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. **Der Einberufer.**

Bülowstraße 37. Königshof. Bülowstraße 37.
Zur Feier des 2. Stiftungsfestes am 23. Januar
Grosser Wiener Masken-Ball,
arrangirt vom Gesangverein **„Frühlingsluft"** (M. d. A. S. B.).
Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**
671b Billet à 50 Pfennig.

HOHENZOLLERN-GALERIE
an der Moltke-Brücke, neben dem Lehrter Bahnhof.
Rundgemälde: Entwickelung des Brandenburgisch-Preußischen Staates von der Zeit des Großen Kurfürsten bis zur Gegenwart, dargestellt in bedeutenden historischen Momenten mit den lebensgroßen Portraits aller im Staatswesen, Heer, Verwaltung, Kirche und Schule, Kunst, Wissenschaft, Industrie und Handel hervorragenden Persönlichkeiten. Landschaften und Architektur aus den einzelnen Regierungs-Epochen.
Ausgeführt vom Regierungsbaumeister L. Heim-Berlin und Historien-Maler Philipp Fleischer-München. Besichtigung von 9 Uhr früh bis 11 Uhr Abends.
Eintritt bis 25. Januar 2 Mark, vom 26. Januar ab 1 Mark. Montags 2 Mark. 1914L
Elektrische Beleuchtung, Große Restaurants, Café.
Die Direktion.
Eröffnung: Donnerstag, den 21. Januar.

Verantwortlicher Redakteur: **August Enders** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.
Hierzu zwei Beilagen.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 17. Donnerstag, den 21. Januar 1892. 9. Jahrg.

Noch etwas über das Sparen.

Wir werden nicht sagen, Herr Eugen Richter spricht wissentlich die Unwahrheit, wenn er in der „Freisinnigen Zeitung“ vom 7. d. M. von der „Sozialdemokratischen Agitation gegen das Sparen“ spricht, wir führen diese falsche Annahme vielmehr auf eine durch den Haß des Herrn Richter gegen die Sozialdemokraten hervorgerufene Trübung seines moralischen Intellektes zurück, die ihn dahin bringt, Begriffe zu verwechseln und die Unwahrheit zu sagen, ohne daß er es eigentlich beabsichtigt. Was hätte die Sozialdemokratie für einen Grund, gegen das Sparen zu agitiren? Wer sparen kann, der mag sparen. Wahrlich, wir besitzen nicht die Einsichtslosigkeit, anzunehmen, ein kleiner Betrag auf der Sparkasse benehme dem Menschen so die Einsicht für Wahrheit und Leben, daß er nun die Schäden der heutigen Wirthschaftsordnung nicht mehr einsehen und begreifen könnte. Wenn Herr Eugen Richter darauf Werth legt, geben wir ihm sogar zu, daß für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zuweilen die Möglichkeit vorhanden ist, noch mehr zu sparen, als sie es heute ab und zu schon thun. Warum soll nicht eine Nätherin, die Anschluß an eine Familie hat, dadurch sich also in besonders günstiger Lage befindet, die dabei die Neigung besitzt, ihre Gesundheit durch Entbehrungen zu schädigen und ihre äußere Erscheinung zu vernachlässigen, auch bei sehr mäßigem Einkommen, das eigentlich ein Leben ohne Darben schon dann nicht gestattet, wenn es vollauf für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse verwendet wird, noch einige Groschen in die Sparkasse legen können? Es giebt ohne Zweifel Spargenies, Personen mit einem sehr ausgebildeten Sinne für Geldbesitz, die den Genuß am Geldbesitz allen anderen Genüssen vorziehen und, um diesen Genuß zu befriedigen, alle andern Rücksichten opfern. Man rühmt gewöhnlich diese Art Menschen nicht besonders, man nennt sie Geizkragen und den Geiz nennt man mit Recht ein Laster.

Wenn uns also Herr Eugen Richter ein ganzes Hundert, ja mehrere Hundert solcher Geizkragen vorführen würde, so würden wir ihm noch ein Exemplar aus der eigenen Bekanntschaft drauf geben, das sich vielleicht gut zu seiner sparsamen Putzmacherin oder Nätherin gesellen würde.

Es war zu unserer Dienstzeit im Militär, da lernten wir einen masurischen Kanonier kennen, einen Menschen, durchaus nach dem Sinne des Herrn Eugen Richter. Er sparte von dem Traktamente des Soldaten in nicht sehr langer Zeit einige Thaler zusammen. Als unser Hauptmann das erfuhr, ließ er den Mann vor die Front treten und fragte ihn: „Aber Salomon, sagen Sie mir, wovon leben Sie denn, was essen Sie eigentlich?“

„Ae Bisken Milk, ä Bisken Ering, Err Auptmann!“ erwiderte der biedere Masure. „So!“ fuhr ihn der Hauptmann an, „deshalb sind Sie also der schlappste und schmutzigste Kanonier der Batterie! Das wollen wir ändern. Der Feldwebel wird für Sie in einem Speisehause abonniren, und Sie werden da regelmäßig zu Mittag essen. Ich kann solchen verhungerten Schmutzfinken nicht in der Batterie gebrauchen.“

Nehmen Sie den Mann, Herr Richter, geben Sie ihn Ihrer Nätherin, es wird ein würdiges Paar werden.

Es kommt nicht darauf an, zu beweisen, daß hier oder da eine Anzahl Personen vorhanden ist, die wirklich sich bei ungenügendem Lohn noch Geld sparen, sondern es ist nothwendig, zu beweisen, daß sie dies ohne Schaden für ihre körperliche Gesundheit und für ihre Sittlichkeit auch thun können.

Ja wir wollen noch weiter gehen. Wir wollen zugeben, und es ist thatsächlich so, daß in manchen Gewerbszweigen unverheirathete Arbeiter einen Lohn erhalten, von dem sie einigermaßen auskömmlich leben und vielleicht auch etwas erübrigen können.

Ob sie diesen Lohn gerade als jugendliche Arbeiter erhalten, oder in einem Alter, indem sie, obgleich sie unverheirathet sind, nicht mehr als jugendliche Arbeiter bezeichnet werden können, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Nach den neuerdings veröffentlichten Entschädigungssätzen für die Naturalverpflegung der Soldaten ist der Betrag, der für die Beköstigung eines erwachsenen Menschen erforderlich ist, auf eine Mark für den Tag festgestellt. Es stimmt das mit dem, was der Fabrikinspektor Wörrishofer bei der Untersuchung der sozialen Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim auffindet. Er findet, daß für die Beköstigung in der Familie, die ohne Zweifel erheblich billiger ist, als die, welche sich eine ledige Person in derselben Güte beschaffen kann, wenn die Ernährung auch nur annähernd an die Normalernährung heranreicht, täglich 60 bis 77 Pfennige für die erwachsene Person nöthig sind.

Die Auslagen für die übrigen Bedürfnisse stellen sich bei annähernd angemessener und genügender Befriedigung ebenso hoch. Also gehört für die Erhaltung des Lebens einer ledigen erwachsenen Person ein Einkommen von 2 M., wenn wir städtische Verhältnisse einer Großstadt oder Mittelstadt als Maß annehmen. Wer weniger einnimmt, der darbt. Macht er dabei noch Ersparnisse, so verwüstet er aus Geiz seine Gesundheit, vernachlässigt seine Kleidung, verlumpt.

Erst ein lediger Arbeiter, der im jährlichen Durchschnitt mehr als 2 M. auf den Tag verdient, könnte also, wenn er sich auf die Befriedigung der lediglich animalischen Bedürfnisse, die er mit jedem Pferd und Ochsen gemein hat, beschränkt, an Sparen denken, ohne dabei seine Gesundheit zu schädigen.

Es fragt sich nur, ob ein solcher Zustand, in welchem die Mehrzahl der jugendlichen und unverheiratheten Arbeiter sich auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse beschränkt, für die Gesellschaft und für die Arbeiter selbst wünschenswerth sein möchte.

Ein von Herrn E. Richter angezogener Prof. Umpfenbach, der ein Buch über „Altersversorgung und Sozialismus“ im Jahre 1883 geschrieben haben soll, will gefunden haben, daß 2—300 Millionen Mark in Deutschland jährlich von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen völlig unnütz verschwendet werden.

Leider theilt Herr E. Richter nicht gleichzeitig die Beobachtungen mit, durch welche der Herr U. zu seinen Angaben gekommen ist. Wir können sie also nicht kontrolliren und auch nicht wissen, was Herr U. oder Herr E. Richter für „völlig unnütze Verschwendung“ hält. Jedenfalls sind aber doch für 2—300 Millionen Mark Waaren, oder Erzeugnisse irgend welcher menschlichen Thätigkeit, Fahrkosten für Landpartien, Kaffee, Bier, Schnaps, Fleisch, Kuchen, Kleiderstoffe, Zeuge, Schuhe, Zigarren, Hüte u. s. w., die Herr U. für unnöthig hielt, gekauft und konsumirt worden. Daß irgend einer dieser Verschwender das Geld fortgeworfen habe, ist doch nicht anzunehmen. Verspielt wird in Arbeiterkreisen auch kein erheblicher Betrag. Nun wollen wir annehmen, diese 2—300 Millionen jährlich sind erspart, sie gehen durch den Tresor der Sparkassen und werden wieder zu einer Reihe von Fabriken, die mehr solche Erzeugnisse herstellen, wie diejenigen sind, an welchen dies Geld erspart ist.

Meint Herr E. Richter, daß die Industrie in Deutschland einen Ausfall von 2—300 Mill. Gebrauch jährlich bei Vergrößerung der Herstellungsmittel, des Kapitals, vertragen kann? Gut. Die 2—300 Millionen sollen nicht in neue Fabriken umgesetzt werden, sie sollen in russischen Anleihen, argentinischen Staatsschulden, portugiesischen Bahnen angelegt werden oder gar den deutschen Militärfiskus erfreuen. Wird Herr E. Richter dies für besser halten?

Wir, wir Sozialdemokraten, könnten nichts besseres wünschen, als die Möglichkeit, alle Menschen zu solchen Sparern, die keine „völlig unnütze“ Ausgabe im Sinne des Herrn U. machen, nur für 3—5 Jahre zu verwandeln. Der jähe Zusammenbruch der heutigen Wirthschaftsordnung wäre die unmittelbare, unvermeidliche Folge.

Dem sehr einsichtigen badischen Fabrikinspektor, Herrn Wörrishofer, der mehr thatsächliches Material in seinem kleinen Wirkungskreise mit seinen beschränkten Mitteln gesammelt und veröffentlicht hat, als alle bisherige Professoren-Gelehrsamkeit werth ist, dem scheint die erzwungene Sparsamkeit der Arbeiter schon jetzt sehr bedenklich. Er sagt in seinem Buche über die soziale Lage der Fabrikarbeiter in Mannheim auf S. 290:

„Zum Schlusse muß noch auf einen Umstand aufmerksam gemacht werden, welcher von einer über die Arbeiterbudgets als solche hinausgehenden Bedeutung ist. Es ist die thatsächlich geringe Kaufkraft der Arbeiter für Industrieprodukte, auch wo die Einnahmen an dem üblichen (kapitalistischen. D. R.) Maßstabe gemessen, als gute erscheinen. Es soll hier nicht auf die Frage näher eingegangen werden, ob die hier in Betracht kommenden Einnahmen besonders der verheiratheten Arbeiter sie befähigen, mehr als geschieht, als Käufer an Industrieprodukten aufzutreten. Jedenfalls ist es von großer Bedeutung, daß der für die nationale Volkswirthschaft täglich wichtiger werdende Stand der Arbeiter nur in sehr bescheidenem Maße zur Beschäftigung der Industrie beiträgt.“

Also sehr unparteiische und sehr einsichtige Männer halten die Ausgaben der Arbeiter, die sie machen können, schon heut für gefährlich niedrig, Herr Richter will diese Ausgaben, die doch immer der Industrie zu Nutze kommen, weil sie Verbrauch darstellen, noch um 2—300 Millionen in Deutschland jährlich vermindern.

Wir denken, das ist doch nicht vernünftig. Dem Gemeinwohl nützt also das Sparen nichts, sondern es schädigt dasselbe. So lange die Sparsucht der Geizkragen auf einzelne wenige Personen sich erstreckt, ist sie freilich ungefährlich. Des Herrn Richter's Nätherin und unser Kanonier sind zu schwach allein, die Gesellschaft zu schädigen, aber sie schädigen doch sich selbst.

Selbst dann, wenn die Ersparniß sich nicht soweit erstreckt, daß sie geradezu den Körper und dessen Gesundheit verwüstet, wenn sie nur wirklich alle „unnützen“ Ausgaben, d. h. alle Ausgaben, die über das nächste thierische Bedürfniß hinausgehen, für vermeidlich hält, alle Zierden des Lebens zur Verschwendung stempelt, zeugt sie von einem rohen Gemüth.

Auch hier können wir von dem fein beobachtenden Herrn Wörrishofer lernen. In seinem genannten Worte bedauert er es, daß niemals bei eingehenden Erörterungen über die Ausgaben der Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß den Kindern und den anderen Hausangehörigen an Weihnachten oder bei sonstigen Veranlassungen eine bescheidene Freude gemacht werde, oder daß für ähnliche Veranlassungen, welche den inneren Zusammenhang der Familie so sehr fördern, mäßige Aufwendungen gemacht werden.

Also „unnütze Ausgaben“ fördern den Zusammenhang der Familie. Das ist ohne Zweifel richtig. Die Richtersche Sparsamkeit zerstört jedes sittliche Gefühl. An einem anderen Orte hebt Herr W. ausdrücklich die sittliche Wirkung des bescheidenen Luxus hervor, den die Arbeiterinnen treiben. All diese kleinen Zierden des Lebens, die oft eine sehr mühselige Existenz nicht nur erträglich machen, sondern geradezu veredeln, die soll das Bewußtsein ersetzen, ein Sparkassenbuch zu haben. Also das Sparen, von einer Mehrzahl des Volkes geübt, zerstört die Industrie und behindert die Entwickelung der höheren Menschlichkeit beim Einzelnen.

Um das Sparen aber als Mittel gegen die Sozialdemokratie zu betrachten, da muß man die schnurrige Ansicht haben, daß der Besitz eines goldenen Kettchens ein Wall gegen die heranbrausende Fluth des wirthschaftlichen Kraches ist, der, indem er das Kapital im Großen schlägt, auch die kleinen Sparpfennige nicht verschont. Alltäglich lesen wir in den Zeitungen, daß wieder eine große Zahl „kleiner Leute“ ihre Ersparnisse bei dem und dem Konkurs, bei der und der Unterschlagung verloren haben. Alle diese Betroffenen sind heute schon in der Lage, in welche die arme Besitzerin des Kettchens vielleicht im Zukunftsstaate kommen kann, sie werden von der Vorzüglichkeit der heutigen Wirthschaftsordnung klar und fühlbar genug belehrt. Je mehr diese Ordnung sich entwickelt, desto häufiger werden die wirthschaftlichen Katastrophen, desto mehr „Ersparnisse“ werden vernichtet, desto besser prägt sich die Schädlichkeit der heutigen Ordnung auch den Sparern ein. Sie können heute schon kaum ruhig schlafen. Was braucht da die Sozialdemokratie gegen das Sparen zu agitiren? Sie zeigt nur seine Nutzlosigkeit und Aussichtslosigkeit, hindert aber Niemanden am Sparen.

Das andere besorgt die heutige Ordnung selbst ohne unser Zuthun.

Mögen die Spar-Apostel nur weiter noch hier und da eine hungernde und darbende Arbeiterin, einen hungernden und darbenden Arbeiter zum stärkern Hungern und Darben der Ersparnisse wegen bekehren, uns ist es sehr gleichgiltig, wir wollen sie nicht hindern. Helfen werden sie damit den Arbeitern gerade ebenso schön, wie die Spar- und Konsumvereinsmeierei dem Kleinhandwerke geholfen hat, nämlich garnicht.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Betheiligung an den Gemeindewahlen beschlossen die Sozialdemokraten Giebichensteins u. A. mit der Motivirung,

daß durch die Landgemeinde-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 eine Betheiligung an der Wahl der Gemeindevertreter auch den Nichtangesessenen, mit einem Jahreseinkommen von über 660 M., möglich geworden ist;

in fernerer Erwägung, daß es Pflicht der Arbeiter, überall und bei jeder sich bietenden Gelegenheit von den ihnen zustehenden, gesetzlich garantirten Rechten Gebrauch zu machen, daß sie verpflichtet sind, das ihnen durch die Wahl eventueller Vertreter in den Gemeinderath erwachsene Berathungsrecht in Anspruch zu nehmen, um eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen zu ermöglichen.

*

Zur Regelung der Preßverhältnisse und sonstiger wichtiger Angelegenheiten der sächsischen Sozialdemokratie hat die Landtags-Fraktion einstimmig die Abhaltung einer Landesversammlung der Sozialdemokraten Sachsens beschlossen. Dieselbe soll zu Ostern stattfinden. Eine Konferenz, in welcher die Regelung der Preßverhältnisse besonders eingehend besprochen werden soll, wird der Landes-Versammlung, der auch die Entscheidung über etwaige Beschlüsse jener Konferenz vorbehalten bleibt, voraufgehen. August Kaden ersucht nun im Auftrage der Landtagsfraktion die Parteigenossen derjenigen Reichstags-Wahlkreise, in denen die Preßverhältnisse einer Aenderung unterworfen werden sollen, Vorbereitungen zur Beschickung der Konferenz zu treffen. Ort und Tag der Zusammenkunft wird später bekannt gegeben.

* *

Ueber den Parteitag der czechischen Sozialdemokratie bringt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ jetzt einen ausführlichen Bericht, aus dem das folgende von Interesse ist. Nach den Mittheilungen der Delegirten springt die Polizei in Böhmen mit den Arbeitern in unglaublicher Weise um. Jeder Ortsbüttel, jeder Gendarm, jeder Bezirkshauptmann hat seine besondere „Gesetzesauslegung“ — d. h. die Gesetze existiren nicht für ihn, er hat seine „Instruktionen“ — kurz, es herrscht in Böhmen die reine Willkür. Die jüngeren Parteigenossen wünschen deshalb eine „schneidigere“ Taktik, die aber dem übermächtigen Gegner gerade erst recht in den Kram passen würde. Im vergangenen Jahre standen 93 Parteigenossen in Untersuchung; 42 wurden verurtheilt, ausgewiesen aus Böhmen sind 3 Genossen. Trotz aller Widerwärtigkeiten geht jedoch die Bewegung flott vorwärts. 27 neue Vereine wurden gegründet, 2 neue Fachzeitungen (die „Bergarbeiter“- und die „Müller-Zeitung“) herausgegeben. Der Fachverein der Textilarbeiter für Mähren blüht empor, bis jetzt hat er schon 16 Filialen errichten können. In Brünn wurde ein Bierboykott erfolgreich durchgeführt. Für die Handlungsweise der Polizei sind folgende spezielle Vorkommnisse charakteristisch. In Mährisch-Ostrau wurde der 1200 Mitglieder zählende Arbeiterverein wegen irgend einer Bagatelle aufgelöst und das Vermögen des Vereins (800 Gulden) sowie dessen 900 Bände zählende Bibliothek konfiszirt; 300 der tüchtigsten Genossen verloren die Arbeit infolge von Maßregelung. Die mährische Statthalterei weist eingereichte Statuten sicherlich zwei- bis dreimal zurück; bei der dritten Zurückweisung pflegt man das zu beanstanden, was bei der ersten und zweiten Eingabe unbeanstandet geblieben war. Die Zeitung „Delnické Listy“ in Wien wurde bei 24 erschienenen Nummern 16 mal konfiszirt. Die Statuten eines czechisch-polnischen Vereins für Wien sind schon zweimal zurückgewiesen worden, trotzdem sie ganz genau so ausgearbeitet waren, wie die Statuten eines in Wien schon bestehenden politischen Vereins. Ein Bezirkshauptmann im Böhmer Walde verbot eine für Sonntags geplante Versammlung mit der Begründung, die Leute könnten durch dieselbe vom Kirchenbesuch abgehalten werden. Dem in Prag bestehenden Politischen Arbeiterklub für Böhmen wurden von 80 angezeigten Versammlungen 60 verboten. In Prag wies man den Metallarbeitern Statuten zurück, die den Tischlern bestätigt worden waren. Als beim Spinnerstreik in Iserthal die Arbeiter tapfer aushielten, ließ die Bezirkshauptmannschaft 10 „Rädelsführer“ einsperren und machte so dem Streik ein Ende. Der Rakonitzer Bezirkshauptmann droht den Wirthen mit Konzessionsentziehung, wenn sie Arbeiterblätter abonniren und in ihren Lokalen auflegen. In Zuzna ist es vorgekommen, daß die Polizei eine Versammlung auflöste und den sich auf das Gesetz berufenden Arbeitern zurief: „Ihr habt Euere Gesetze, wir haben unsere Instruktionen“. Kurz, die Vergewaltigung der Arbeiterbewegung in Böhmen ist heute noch dieselbe wie unter dem Ausnahmegesetz. Polizisten, Pfaffen und Fabrikanten gehen dabei Hand in Hand. Der Punkt „Organisation und Taktik“ gab Anlaß zu einer regen Debatte, in welcher die Anhänger der „schärferen Tonart“ vergeblich für letztere Propaganda machten. Der Parteitag behielt die bisherige Taktik bei und erklärte ferner, daß die czecho-slavische Sozialdemokratie unentwegt auf dem Boden des Hainfelder Programms steht. Das bisher in Prag erschienene Blatt „Heslo“ verlegte der Parteitag nach Pilsen; betreffs einer Streitsache gegen den Herausgeber des „Ersten Mai“, Körber, wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, das den Ausschluß Körber's aussprach, weil er das in ihn gesetzte Vertrauen mißbraucht habe. Den Wortlaut der Beschlüsse des Parteitages kann unser Wiener Bruderorgan erst in einer späteren Nummer mittheilen. Soweit erforderlich, werden sie im „Vorwärts“ dann veröffentlicht werden.

* *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— **Den Begriff „öffentliche Angelegenheiten“** hat die königliche Regierung von Mittelfranken unter Aufhebung der vom Erlanger Magistrat ausgesprochenen Schließung der dortigen Filiale des Textilarbeiterverbandes folgendermaßen definirt:

„In Art. 14 des Gesetzes sind als politische Vereine diejenigen bezeichnet, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht. Oeffentliche Angelegenheiten sind aber solche, welche sich auf die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des Staats beziehen, solche, bei welchen das hoheitliche Interesse des Staates in Frage kommt.

Es muß demnach bei Erörterung von Vereinsangelegenheiten das staatliche Gebiet berührt werden, es müssen die Organe und die Thätigkeit des Staates in Anspruch genommen werden, wenn öffentliche Angelegenheiten in Frage stehen sollen. Diese Voraussetzungen sind aber insolange nicht gegeben, als sich ein Verein innerhalb der durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gezogenen Grenzen mit der Förderung konkreter Fälle begnügt und das Gebiet des gewerblichen Lebens nicht verläßt. Die Beschäftigung mit der Streikbewegung oder dem Arbeitsnachweis, die Regelung der Arbeitszeit, Abschaffung der Sonn- und Feiertagsarbeit, der Ueberstundenarbeit u. s. w. kann deshalb an und für sich nicht für ausreichend erachtet werden, eine gewerkschaftliche Vereinigung als einen politischen Verein zu erklären, sofern nicht dabei eine allgemeine Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter im Wege der Gesetzgebung oder mit Aenderung der bestehenden Staatsverwaltung angestrebt wird. Erst wenn solche auf eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung, der Verfassung oder Verwaltung des Staates gerichtete Bestrebungen eines Vereins zu Tage treten, erst dann ist derselbe als ein politischer zu erklären.

Dabei ist es völlig gleichgiltig, ob diese Bestrebungen in den Vereinsstatuten ihren formalen Untergrund haben, oder ob sie in der Thätigkeit des Vereins nach Außen, in den Vereinsversammlungen und dergleichen ihren Ausdruck finden. Was nun zunächst die Satzungen der Filiale betrifft, so sind solche mit jenen des Verbandes selbst identisch. Nach § 1 dieser Satzungen besteht aber der Vereinszweck darin, daß durch eine Vereinigung aller in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe des § 152 der Gewerbe-Ordnung möglichst günstige Arbeitsbedingungen erzielt werden sollen. Damit hat sich aber der Verband und die demselben angehörige Filiale Erlangen von Anfang an auf den Boden des Gesetzes gestellt und um seinen Charakter als eines nicht politischen Vereins noch bestimmter hervortreten zu lassen, noch ausdrücklich hinzugefügt, daß Erörterungen politischer und religiöser Fragen ausgeschlossen sind.

In § 2 des Verbandsstatuts sind sodann als Mittel zur Förderung des Vereinszweckes bezeichnet:

a) eine geregelte, der modernen Technik entsprechend verkürzte Arbeitszeit; b) Abschaffung der Sonn- und Feiertags-, sowie

der Ueberstundenarbeit; e) Vornahme statistischer Ermittelungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse; d) Regelung des Verkehrs- und Herbergswesens, sowie des Arbeitsnachweises; e) Anstrebung gleicher Löhne für gleiche Leistungen; f) Reiseunterstützung; g) Unentgeltlicher Rechtsschutz bei gewerblichen Streitigkeiten.

Alle diese Mittel zur Förderung des Vereinszweckes fallen, soweit sie nicht, wie jene unter lit. d und f zur Erleichterung des besseren Fortkommens der Verbandsmitglieder dienen, unter den Gesichtspunkt der den Arbeitern nach § 152 der R.-G.-O. eingeräumten Koalitionsfreiheit und betreffen somit durchwegs immer gewerbliche Angelegenheiten der Arbeiter; dieselben können und sollen nach § 1 des Statuts erreicht werden auf Grund des § 152 der R.-G.-O., ohne daß eine Aenderung der Gesetzgebung oder eine Aenderung der bestehenden Staatsverwaltungsgrundsätze eintritt. Sie liegen also auch nicht auf einem von dem hoheitlichen Interesse des Staates beherrschten Gebiete. So lange sich aber die Verbandsfiliale innerhalb dieser satzungsmäßigen Grenzen hält und auf das Gebiet der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung nicht hinübergreift, so lange kann dieselbe auch nicht als politischer Verein betrachtet werden."

— Aus Spremberg. Der Vorstand des Allgemeinen Arbeitervereins und der Rittergutsbesitzer Dr. Röder auf Wadelsdorf hatten sich am 13. Januar vor dem Schöffengericht wegen Uebertretung der Oberpräsidialordnung vom 11. Dezember 1879 zu verantworten. Der § 4 Abs. II, auf welchen hin die Verurtheilung erfolgte, lautet u. A.: „Lustbarkeiten, welche von Privaten oder sogenannten geschlossenen Gesellschaften in Gasthäusern oder privat veranstaltet werden, bedürfen ebenfalls der polizeilichen Genehmigung, wenn diese Gesellschaften ausschließlich oder hauptsächlich zum Zwecke der Veranstaltung solcher Lustbarkeiten zusammengetreten sind u. s. w. Verfolgen dagegen Private oder geschlossene Gesellschaften hauptsächlich andere Zwecke, so bedarf es bei gelegentlichen Lustbarkeiten derselben für ihre Mitglieder und etwaige Gäste nur einer vorherigen Anzeige bei der Polizeibehörde und keiner Erlaubniß derselben, es sei denn, daß nicht blos von den Mitgliedern, sondern auch von den Gästen ein besonderes Eintrittsgeld oder Tanzgeld erhoben wird." Der Thatbestand ist in Kürze folgender: Dr. Röder hatte im Monat September v. J. ein Schreiben an den Vorsitzenden des Allgemeinen Arbeitervereins gerichtet, in welchem er den Verein resp. die Mitglieder desselben einlud, ihn auf seiner Besitzung in Wadelsdorf zu besuchen. Für Bier und Kaffee werde er sorgen. Diese Einladung wurde vom Vorstande und später auch in einer Mitgliederversammlung von den Mitgliedern angenommen. Der Vorsitzende inserirte infolge dessen im „Sprenberger Anzeiger" einen Ausflug nach Wadelsdorf unter Hinweis auf die Einladung resp. Bewirthung des Genossen Röder. Eine große Anzahl Mitglieder mit Weib und Kind war erschienen und Alles verlief in schönster Harmonie. Doch der Wächter des Gesetzes hatte gefunden, daß hier eine Uebertretung der Ober-Präsidial-Verordnung, wie oben gesagt, vorliege und das Schöffengericht trat im Wesentlichen der Auffassung des Amtsanwalts bei. Nur Dr. Röder wurde freigesprochen, dagegen der Gesammtvorstand (9 Personen) mit je 3 Mark und die Kosten des Verfahrens bestraft. Gegen dieses Erkenntniß haben sämmtliche Verurtheilte Berufung eingelegt.

— Ueber einen Meineid-Prozeß berichtet der Stettiner „Volksbote": „Bei der Reichstags-Wahl am 20. Februar 1890 war der Kahnknecht Dobberke in Jasenitz, der für den sozialdemokratischen Kandidaten Alwin Körsten agitirte, aus dem Wahllokal gewiesen worden. Dobberke war nicht gutwillig gegangen und sollte bei dieser Gelegenheit dem Arbeiter Theelke einen Messerstich versetzt haben, wodurch derselbe drei Wochen bettlägerig gewesen sein wollte. So hatte Theelke beschworen. Dobberke wurde darauf, nachdem er drei Monate in Untersuchungshaft gesessen, noch zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt. Wegen der Höhe der Strafe erregte das Urtheil großes Aufsehen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß Theelke, der übrigens mehrere Male, darunter mit Zuchthaus, bereits bestraft ist, gar nicht drei Wochen, sondern nur einige Tage arbeitsunfähig gewesen war; derselbe wurde daher des wissentlichen Meineids angeklagt. Die Geschworenen erachteten ihn nur des fahrlässigen Meineids für schuldig, worauf er zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde."

Soziale Uebersicht.

Die gewerkschaftliche Kontrollkommission Hannover-Lindens hat ein Regulativ erhalten, dessen Wortlaut wissenswerth ist und deshalb unverkürzt folgen mag:

„Regulativ der Kontrollkommission Hannover-Lindens.

§ 1. Die Kontrollkommission, welche zusammengesetzt ist aus in öffentlichen Korporations-Versammlungen gewählten Vertretern, betrachtet Folgendes als ihre wesentliche Aufgabe:

1. Die Kontrollkommission hat alle das gewerbliche und wirthschaftliche Leben berührenden Fragen, soweit sie die Lage und das Interesse der Arbeiterklasse berühren, in den Bereich ihrer öffentlichen Berathungen zu ziehen und die hierzu nöthig erscheinende Stellung zu nehmen.
2. Ihr liegt die Regelung und Förderung der gewerkschaftlichen Agitation und möglichste Aufklärung über die heutige kapitalistische Produktionsweise mit ihren schädlichen Folgen für die Arbeiterklasse ob, auch hat sie die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Arbeiterschutz-Gesetzgebung darzuthun.
3. Sie hat ferner die Aufgabe, durch rege Agitation dahin zu wirken, daß möglichst alle in einer Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihrer Organisation anschließen; dieses soll erreicht werden: a) Durch Aufnahme von Statistiken über die örtliche soziale Lage der Arbeiter im Allgemeinen. b) Durch Regelung des Unterstützungswesens bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen.

§ 2. Die Delegirten zur Kontrollkommission sind sich der Nothwendigkeit bewußt, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere für die Verkürzung der Arbeitszeit aller Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten, event. zu dem allerdings zweischneidigen Mittel des Streiks zu greifen.

1. Besonders gerechtfertigt erscheint jeder Abwehrstreik, wenn durch scharfe Maßregeln des Unternehmerthums in die Rechte der Arbeiter eingegriffen wird. Jedoch empfiehlt sie den Arbeitern bezw. Arbeiterinnen, da durch einen Streik kein dauernder Vortheil zu erreichen ist, von dieser Waffe nur dann Gebrauch zu machen, wenn die Delegirten-Versammlung der Kontrollkommission denselben für nöthig und durchführbar erkannt, sowie ihre Unterstützung zugesagt hat.
2. Zu diesem Zweck haben alle Branchen, welche einen Streik für unabwendbar halten, solches der Kontrollkommission mindestens 6 Wochen vorher mitzutheilen — dasselbe gilt nicht nur von Generalstreiks, sondern auch von partiellen Streiks.
3. Bei Streiks, welche ohne Einwilligung der Kontrollkommission inszenirt werden, ist eine neutrale Stellung einzunehmen. Ausgenommen davon sind Abwehrstreiks, jedoch sind solche sofort zu melden.

§ 3. Boykotts jeder Art sind der Kontrollkommission sofort zu melden.

§ 4. Die dauernden Geldsammlungen zum Streikfonds, sowie zur Unterstützung für Streikende und Ausgesperrte sind von den einzelnen Branchen vorzunehmen.

1. Ist eine außergewöhnliche Unterstützung nöthig und soll die Sammlung allgemein werden, so hat die Kontrollkommission vorzugehen und selbstständig Listen oder Marken auszugeben und den einzelnen Branchen durch ihre Delegirten zu übermitteln. Alle anderen sonst angebotenen Listen sind zurückzuweisen.
2. Nach beendigten Streiks sind die verbleibenden Gelder von den Delegirten der Kontrollkommission zu späteren Streiks zu reserviren. Ueber diejenigen Gelder, welche die streikende Branche selbst zusammengebracht hat, hat diese das Verfügungsrecht, jedoch ist eine Kontrolle zuzulassen."

In Offenbach stehen die Schuhmacher wegen Einführung einer neuen Fabrikordnung mit den Fabrikanten in Unterhandlung und ersuchen deshalb um vorläufige Fernhaltung des Zuzugs.

Eine dreimonatliche Betriebseinschränkung von 20 bis 25 pCt. der bisherigen Produktion haben die süddeutschen Baumwollspinner und -Weber in einer zahlreich besucht gewesenen Versammlung zu Augsburg beschlossen.

Die betreffenden Etablissements stellen sich freiwillig unter gegenseitige Kontrolle, für alle Kontraventionen sind beträchtliche Bußen sicher gestellt. Die übrigen deutschen Spinner- und Weber-Vereinigungen werden zum Beitritt eingeladen. Nachdem auch elsässische Delegirte sich bei der Verhandlungen betheiligt haben, ist gegründete Aussicht, daß sich auch die Reichsländischen mit den anderen deutschen Verbänden den getroffenen Vereinbarungen anschließen werden.

Im Interesse der Unternehmer liegt es natürlich, durch Einschränkung der Produktion den Marktwerth der Waare zu steigern. Durch ersteres verletzen sie aber das Interesse der Arbeiter, die bei eingeschränkter Produktion weniger oder nichts verdienen. Hier wird die zwischen Kapital und Arbeit bestehende Kluft wieder einmal aufs deutlichste sichtbar. Trotzdem giebt es leider noch Arbeiter genug, welche dem Schwindel Glauben schenken, es bestehe zwischen Unternehmer und Arbeiter Harmonie der Interessen.

Zum Nothstand. Im Marienhospital zu Münster werden täglich 1100 Portionen Mittagessen an die Familienangehörigen der Arbeitslosen vertheilt. Da für diesen Zweck aber die freiwilligen Geldunterstützungen zu spärlich fließen, so wird man — wie der „Münster Anzeiger" berichtet — diese Spenden wohl einstellen müssen. Das würde nur die Meinung der Sozialdemokratie bestätigen, daß unter den besitzenden Klassen die „christliche Charitas", von der man so viel Aufhebens macht, nur in unbedeutendem Maße vorhanden ist. Herrschte sie in Wirklichkeit, so würde es einen Nothstand nicht geben können, denn dann hätte sich das deutsche Unternehmerthum längst zu dem Gedanken aufgeschwungen, die Arbeitszeit gemäß der Zahl der Unbeschäftigten in jeder Branche zu verkürzen, um denselben Brot zu verschaffen. — Aus Gelenau (Sachsen) meldet der Chemnitzer „Beobachter": In einer hiesigen Volksschule sprach ein Knabe zu seinem Lehrer: „Herr Lehrer, seien Sie so gut und geben Sie mir etwas zu essen, wir haben kein Brot im Hause." Der Lehrer holte darauf ein wenig Essen herbei, von welchem das noch in der Schule anwesende Schwesterchen auch etwas erhielt. Das ist nur ein einzelner Fall, der durch Zufall an die Oeffentlichkeit dringt, es giebt aber noch unendlich viele Familien, in denen der Hunger ein ständiger Gast ist. Unser Armenhaus ist gegenwärtig schon vollgepfropft und wird in nächster Zeit noch voller werden, wenn sich diese Zustände nicht bald ändern. Trotzdem treten aber unsere „Ordnungssäulen" mit Forderungen an die Gemeinde heran, welchen dieselbe unter den heutigen Verhältnissen unmöglich nachkommen kann."

Das Breslauer Gewerkschaftskartell hielt dieser Tage seine erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Es waren 22 Gewerkschaften durch 49 Delegirte vertreten. Beschlossen wurde u. A., bei den Saalinhabern Umfrage zu halten, ob sie ihre Lokalitäten zu öffentlichen Arbeiterversammlungen zur Verfügung stellen wollen, ferner die Arbeiter aufzufordern, fortlaufende Notizen über ihre wirthschaftliche Lage zu machen, endlich die resp. Gewerkschaften zu ersuchen, in ihren nächsten Versammlungen den Werth der Statistik auf die Tagesordnung zu setzen, damit zu Beginn des Frühlings der Boden vorbereitet ist zur Erhebung einer Statistik, welche das Gewerkschafts-Kartell aufzunehmen gedenkt.

Auf den fiskalischen Silbergruben in Freiberg soll zu Neujahr der Gedingelohn bis 12 Prozent und der Lohn für die Weil- oder Nebenarbeit bis zu 38 Prozent gekürzt worden sein. Bei der beliebten Manier vieler deutscher Staatsbetriebs-Verwaltungen, Ersparnisse nach unten hin vorzunehmen, ist die Nachricht jedenfalls nicht unwahrscheinlich.

Neuer Kohlenring. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg." meldet, wurde am 16. Januar der notarielle Akt über die Verkaufsvereinigung von Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund vollzogen. Der Gemeinschaft treten Zechen mit insgesammt 90 Millionen Tonnen Kohlen Jahresförderung bei, außerhalb der Vereinigung bleiben noch Zechen mit insgesammt 6 Millionen Tonnen Förderung.

Die Rache des Kapitals. In Würzburg wurden, wie die dortige „Volks-Tribüne" berichtet, 36 ausständig gewesene Buchdrucker von der Wiederzulassung zur Arbeit ausgeschlossen. — Aus Magdeburg berichtet die „Volksstimme", der Ring der dortigen Buchdruckereibesitzer habe beschlossen, die am Streik betheiligten Buchdrucker (ca. 40) auf 1 Jahr nicht zu beschäftigen. Falls letzteres wahr sein sollte, so wäre das ein Zeichen dafür, daß die betr. Buchdruckereibesitzer im „Sieges"-Taumel nahe daran sind, überzuschnappen.

Der Pariser Gemeinderath versteht für Arbeit zu sorgen! Er beschloß mit 54 gegen 15 Stimmen die Aufnahme einer Anleihe von 120 Millionen Franken, für welche Summe Straßenbauten in Angriff genommen werden sollen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 19. Januar bei Joel eine Generalversammlung ab. Nachdem sich die Anwesenden auf Anregung des Vorsitzenden zum ehrenden Gedenken zweier verstorbener Mitglieder des Wahlvereins von den Sitzen erhoben hatten, gab Genosse Tempel den Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Er betonte, wie das letzte Halbjahr ein bedeutungsvolles für den Verein gewesen. Das neue Parteiprogramm galt es zu prüfen, 9 Versammlungen und ebenso viel Vorstandssitzungen fanden statt und mit der gethanen Arbeit sowohl wie den erzielten Fortschritten könne man im Allgemeinen wohl zufrieden sein. Redner ermahnte zu fortgesetzter reger Agitation für den Verein. (Beifall.)

Aus dem vom ersten Kassirer, Genossen Pohl, erstatteten Kassenbericht für das vierte Quartal 1891 ging hervor, daß an Einnahmen zu verzeichnen waren: 580 15 M., an Ausgaben: 482,15 M., sonach an Bestand: 98 M.; Bestand an Marken: 675 Stück. Nachdem unter Beifall dem Kassirer Decharge ertheilt worden, wählte man folgende Genossen in den Vorstand: Böhl und Schenscher, Vorsitzende; Stabernack und Petrick, Schriftführer; Pohl und Mertens, Kassirer. Unter reichem Beifall sprach sodann Alvin Gerisch über: „Die Bedeutung der Wahlvereine der sozialdemokratischen Partei". Redner wies auf die dringende Nothwendigkeit des engen und festen Zusammenschlusses der Parteigenossen hin, in deren eigenen Reihen oftmals noch Kenntnißlosigkeit in Bezug auf Werth, Bedeutung, Pflicht und Recht der Parteigenossenschaft zu finden seien. Die Pflege der Wahlvereine sei um so dringender nothwendig, als dieselben als einzige politische Organisation eine reiche Fülle von hohen parteipolitischen Aufgaben zu erfüllen hätten. Viele Angelegenheiten könnten, der Erfahrung zufolge, sachgemäß, objektiv und leidenschaftslos allein unter den Genossen in den Wahlvereinen erledigt werden. Sämmtliche Diskussionstheilnehmer sprechen im Wesentlichen im Sinne des Referenten, der in einem Schlußwort seine Anschauungen noch einmal kurz zusammenfaßte. Genosse Glocke schlug straffere Organisation der Wahlvereine durch Bezirksführer und Vertrauensleute vor. Genosse Flatow tadelte unter lebhaftem Beifall das Unwesen der Zersplitterung der gesinnungstreuen Genossen in tausend Spezialvereine, Vereinchen, Klubs und Klubchen. Dies müsse aufhören und dem Gefühl der engen Zusammengehörigkeit im großen und allgemeinen Wahlverein Platz machen. Auch intelligente Arbeiter seien im Stande, einen Vortrag zu halten, der Hand und Fuß habe, es brauche nicht immer ein Doktor oder ein Journalist zu sein. Nachdem unter Verschiedenem beschlossen worden, die Hutmacher-Kontrollmarke zu beachten, ferner der Streik in Friedrichshagen besprochen worden war, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute in Joel's Saal tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis ist mit den Ausführungen und Darlegungen des Referenten voll und ganz zufrieden; sie erkennt auch die Nothwendigkeit an, daß es Pflicht eines jeden sozialdemokratischen Wählers ist, sich dem Wahlverein anzuschließen, weil daselbst jedes Mitglied sowohl wissenschaftliche wie politische Aufklärung erhält, und da die geistige Ausbildung des Proletariats von höchster Bedeutung ist, verpflichtet sich die heutige Versammlung, mit aller Kraft für den Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises zu agitiren, damit er groß und stark wird."

Mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

In der öffentlichen Versammlung der Zimmerer am Sonntag gab der Kassirer der Lohnkommission die Abrechnung vom letzten Vierteljahr, wonach die Einnahme 545,50 M. oder zusammen mit dem zu Anfang des Quartals vorhandenen Bestande von 361,72 M. 907,22 M. betragen hat. Die Ausgabe, in der sich u. a. 350 M. für die Buchdrucker befinden, erreichte die Höhe von 723,51 M., so daß am Schlusse des Vierteljahres ein Bestand von 183,71 M. verblieben ist. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Herr Lehmann bemängelte bei diesem Punkte, daß die Vertrauensleute für eine verhältnißmäßig sehr große Zahl von Marken noch nicht das Geld an die Kasse abgeliefert haben. Unter „Verschiedenem" besprach Herr Lehmann kurz das vom Magistrat ausgearbeitete Ortsstatut für die Gewerbe-Schiedsgerichte und bemerkte, im Allgemeinen habe sich der Magistrat darin ja an das Gesetz halten müssen, wo er es aber in seiner Hand hatte, habe er die Rechte der Arbeiter beschnitten. So soll z. B. die Wahl der Vertreter ebenso wie bei der Stadtverordnetenwahl geschehen, es soll also die Anzahl der zu Wählenden auf die einzelnen Bezirke der Stadt vertheilt werden. Redner empfahl statt dessen die Listenwahl, wobei jeder Wähler einen Zettel mit so vielen Namen abgiebt, als überhaupt Vertreter in Berlin zu wählen sind. Ferner empfahl Redner, danach zu streben, daß die Wahl an einem Sonntage vorgenommen wird, und die Schiedsrichter als Diäten nicht 4, sondern 6 M. erhalten, denn da sie Morgens zeitig den Sonntagsstaat anziehen müssen und die Sitzung bis zum Nachmittage dauert, so geht ein voller Arbeitstag verloren. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Stadtverordneten-Versammlung aufgefordert wird, das Ortsstatut, wie vorstehend ausgeführt, abzuändern. Herr Leonhard beschwert sich sodann über einen Vertrauensmann, den er vier Mal vergebens aufgesucht habe, um ihm Geld für Marken zu überbringen. Der Vorsitzende Herr Obst und einzelne andere Redner mißbilligen diese Lässigkeit des betreffenden Vertrauensmannes. Da sich kein Geld ohne Agitation zusammenbringen läßt, Diejenigen aber, welche auf den einzelnen Plätzen die Agitation betreiben, leicht gemaßregelt werden, beschließt die Versammlung, solche Gemaßregelten zu unterstützen. Die Höhe der Unterstützung setzt in jedem Falle die Lohnkommission fest. — An Stelle des nicht erschienenen Referenten ging Herr Lehmann mit einigen Worten auf den Nutzen des Bauarbeiter-Kartells ein. Dasselbe bestehe, so führte er aus, noch nicht ein volles halbes Jahr und habe bereits 1800 M. Streikunterstützung gezahlt; außerdem haben noch die einzelnen Gewerkschaften größere Summen vergeben, z. B. die Maurer 3000 M. Die Zimmerer haben zwar beschlossen, sich dem Kartell anzuschließen, aber ihre Betheiligung bisher so gut wie gar nicht bethätigt. Herr Kann beantragte, dem Kartell 50 M. zu überweisen. Herr Lehmann bemerkte noch, wenn man bedenke, daß die Generalkommission in Hamburg bisher 220 000 M. für Hamburg und Umgegend und nur 18 000 M. für das übrige Deutschland bewilligt habe, so müsse man doch für das Bauarbeiter-Kartell eintreten. Es wurde dann eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Bestrebungen des Bauarbeiter-Kartells einverstanden erklärte und sich verpflichtete, mit allen Mitteln für die Existenz desselben einzutreten. Auch bewilligte man dem Kartell 50 M.

Deutscher Tischler-Verband, Zahlstelle Berlin. Die ordentliche Generalversammlung vom 13. Januar nahm zunächst den Bericht der Ortsverwaltung durch den Bevollmächtigten Heß entgegen, worauf der Kassirer Schöning den Kassenbericht vom 4. Quartal 1891 erstattete. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1892 299, die Summe der Einnahmen 387,75 M. Verausgabt wurden: Reise-Unterstützung 96,27 M., von der Lokalkasse 98,23 M., für Verbandszwecke 81,95 M., an die Hauptkasse nach Stuttgart gesandt 100 M., Gesammtausgabe 376,45 M., bleibt Bestand der Lokalkasse am 1. Januar d. J. 11,30 M. Die Revisoren bestätigten die geprüfte Abrechnung. Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter Albert Heß, 2. Bevollmächtigter R. Ahrens; 1. Kassirer Karl Schöning; 2. Kassirer Karl Post; 1. Schriftführer C. König; 2. Schriftführer Fr. Michaelis; Beisitzer: Klinger Müller, Belitz, Witte; Bibliothekar: Pschichholz; Revisoren Karge, Wernicke, Ferdmann. Die Beitragsammelstellen finden die Kollegen im Vereinskalender des „Vorwärts" am Freitag, der 22. oder Sonnabend, den 23. Januar publizirt. Der Bevollmächtigte verlas dann ein Schreiben des Zentralvorstandes wonach alle bis 29. Februar übertretenden Mitglieder von Lokalvereinen einer Karenzzeit nicht unterworfen sein sollen. Auf Antrag Wiedemann soll der Zentralvorstand ersucht werden, diese Frist bis 1. Januar 1893 zu verlängern. Zum bevorstehenden Gewerkschaftskongreß wurde der Bevollmächtigte Heß einstimmig als Delegirter in Vorschlag gebracht. Die eigentliche Wahl findet am 2. oder 3. Februar statt und wird ersucht, die diesbezüglichen Inserate im „Vorwärts" und der „Neuen Tischler-Zeitung" zu beachten. Kollege Wernicke hat auf die von ihm ausgegebenen Listen ca. 120 M. einbekommen und an die Buchdrucker abgeliefert. Er ersucht um weitere thatkräftige Unterstützung. Am 27. Februar veranstaltet die Zahlstelle einen Wiener Maskenball in den Bürgersälen, Dresdenerstraße 96, dessen etwaiger Ueberschuß einem zu gründenden Unterstützungsfonds zufließen soll.

Ueber die Genossenschaftsbäckerei sprach am 18. Januar im Norden Berlins Herr Böttel unter lebhaftem Beifall. Er betonte, daß seit dem erst zwölfwöchentlichen Bestehen der Genossenschaft dieselbe schon 300 Mitglieder zähle, und schloß sein Referat mit einem warmen Appell an das Solidaritätsgefühl der Massen. Sämmtliche anderen Redner, darunter die Leiter der Bäckergehilfen, sprechen im Sinne des Herrn Böttel. Mehrere Anwesende ließen sich als Mitglieder einzeichnen. Ein Antrag, zu gleichem Zwecke bald wieder eine Versammlung im Norden abzuhalten, fand Annahme.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.